

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:
Erich Mühlhens, Berlin.
Telefon: Amt 2244 4126/4128



Stellen für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin G204, Tele. Mühlhens-Platz 8
Telefon: 4126

Die Zeitung wird in Göttingen
Dr. Ernst G. von der Gabel...
an den Abonnenten, wenn sich keine anderen Anordnungen für den Fall & d. d. d. d.

Berlin, den 17. Febr. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Aufhebung der Hungerverordnungen?

Was die Nazis versprochen haben und was sie halten.

SPD. Vor Tagen schon hat die Reichsregierung ankündigen lassen, dass sie durch eine neue Notverordnung die Bezüge der Kleinrentner, der Sozialrentner, der Kriegsbeschädigten usw. verbessern wolle. Am Donnerstag hat das Kabinett darüber Beschluss gefasst. Die Veröffentlichung der Verordnung soll am Sonnabend erfolgen.

Wir zweifeln nicht daran, dass der Inhalt dieser Notverordnung eine sehr grosse Enttäuschung hervorrufen wird. Nach den bisher darüber bekanntgewordenen Mitteilungen bleiben die von der Reichsregierung getroffenen Massnahmen ausserordentlich weit hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurück. Es sind nicht mehr über hundert Millionen, die zur Verbesserung der Lage der notleidendsten Schichten unseres Volkes zur Verfügung gestellt werden, sondern lediglich 24 Millionen für ein ganzes Jahr. Auch der Personenkreis, für den diese Verbesserungen gedacht sind, ist wesentlich kleiner als man ursprünglich ankündigte. Für die Arbeitslosen soll überhaupt nichts geändert werden, für die Sozialrentner bleiben die Renten Kürzungen aus der Juninotverordnung von Papen ebenfalls unbeschränkt bestehen. Auch die Kleinrentner sollen künftig nicht mehr als bisher erhalten.

Die einzige Gruppe, für die die neue Notverordnung Verbesserungen bringen soll, ist die Gruppe der Kriegsbeschädigten. Aber auch sie würden sich falschen Hoffnungen hingeben, wenn sie glauben wollten, dass jedem von ihnen wenigstens ein Teil der Kürzung seiner Rente zurückgegeben würde. Das ist in keiner Weise der Fall. Dazu ist der Betrag von 24 Millionen jährlich viel zu gering. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten erfordert jährlich 1300 Millionen. Dass man bei einem solchen Gesamtbetrag mit 24 Millionen nicht viel anfangen kann, ist wohl ohne weiteres einleuchtend.

Beabsichtigt ist deshalb auch nur eine Milderung von Härten, die sich schon seit vielen Monaten als unerträglich und auf die Dauer undurchführbar herausgestellt hatten. So z.B. soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten vom 15. auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Von der Papenschen Notverordnung wurde sie bis zum 18. Lebensjahr gewährt. Die wichtigste Änderung bezieht sich auf die Fälle, in denen neben der Kriegsrente auch noch ein Anspruch auf Sozialrente bestand. Durch eine frühere Notverordnung war bestimmt worden, dass die Sozialrenten in voller Höhe auf die Kriegsrenten angerechnet werden. Künftig sollen sie nur soweit angerechnet werden, dass mindestens ein Drittel der Leistungen aus der Sozialversicherung verbleibt. Der Höchstbetrag der dann noch verbleibenden Kürzung ist auf 50 Mark monatlich festgesetzt. Die daneben noch angekündigten Verbesserungen betreffen eine kleine Zahl von Fällen und sind finanziell nicht erheblich.

Die gleichfalls prophezeite Beseitigung der Krankenscheingebühr wird

durch die neue Notverordnung nicht durchgeführt werden. Angeblich steht das Reichsarbeitsministerium dem Verlangen, die Gebühr vollständig aufzuheben, mit grossem Bedenken gegenüber. Sie habe sich verwaltungstechnisch ausserordentlich bewährt! Eine Aufhebung würde die Verwaltungskosten steigern und vermehrte Arzt- und Arzneikosten nach sich ziehen. Es bestehe sogar die Gefahr einer Erhöhung der Beiträge. Das Kabinett hat sich infolgedessen einstweilen mit dem Beschluss begnügt, Unterlagen für die Auswirkungen zu beschaffen.

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass die von allen Arbeitnehmern als unerträglich empfundenen und mit leidenschaftlicher Empörung bekämpften Eingriffe der vorjährigen Juni-Notverordnung an den Unterstützungen und Renten in nennenswertem Masse abgeändert werden. Diese Notverordnung hat damals nicht nur durch die ungerechte Arbeitslosenabgabe, durch die Erhöhung der Bürgersteuer und die Einführung der Salzsteuer den werktätigen Schichten ein neues Opfer von 500 Millionen Mark auferlegt. Sie hat ihnen auch durch eine allgemeine Kürzung der Unterstützung der Arbeitslosen, der Invaliden-, der Unfall- der Angestellten- und der Knappschaftsrenten 900 Millionen Mark jährlich genommen. Dazu kam die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung, zu der die Gemeinden gezwungen wurden. Man ging sogar soweit, die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung so zu verschärfen, dass Hunderttausende jeden Anspruch verloren.

Erst im vorigen Monat haben sich zwei Ausschüsse des Reichstags mit der Erörterung dieser Zustände beschäftigt. Sowohl im sozialpolitischen Ausschuss als auch im Haushaltsausschuss sind Beschlüsse gefasst worden, durch die die Regierung aufgefordert wurde, diese Kürzungen von Renten und Unterstützungen sofort rückgängig zu machen. Diese Beschlüsse sind mit den Stimmen der nationalen sozialistischen Abgeordneten gefasst worden. Triumphierend wiesen sie damals darauf hin, dass diese Beschlüsse des Reichstags aber erst verwirklicht werden könnten, wenn die Nazis die Regierungsmacht besässen.

Jetzt besitzen sie die Regierungsmacht, aber die Beschlüsse, die Notverordnung vom Juni aufzuheben, die Kürzungen der Unterstützungen und der Renten rückgängig zu machen, werden nicht erfüllt. Zwar haben die Nationalsozialisten das und ähnliches tausendmal feierlich versprochen. Aber dabei bleibt es! Unterdessen dürfen die Ärmsten der Armen weiterhungern!

SPD. Köln, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Reichstagsabgeordnete Sollmann und der Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei in der oberen Rheinprovinz haben in Schreiben an den Reichspräsidenten und den Reichsminister des Inneren Protest und Beschwerde gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Rheinprovinz erhoben.

Nach den in den Regierungsbezirken Köln, Aachen, Koblenz und Trier erfolgten Verboten sämtlicher sozialdemokratischer Zeitungen auf 4 bis 6 Tage hat der Regierungspräsident von Köln am Freitag auch alle öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei, der Eisernen Front und der dieser nahestehenden Organisationen bis auf weiteres für den ganzen Regierungsbezirk untersagt. Von dem Verbot wird zunächst eine grosse Kundgebung der Eisernen Front mit einem Marsch durch Köln am Sonnabend-Nachmittag, in deren Verlauf Reichstagsabgeordneter Breitscheid sprechen sollte, betroffen. Begründet wird das Verbot mit den Vorgängen in Siegburg. Auch alle Versammlungen der KPD sind bis auf weiteres verboten worden.

SPD. Auf der Bundesgeneralsversammlung des Reichsbanners, die z.Zt. in Berlin tagt, hielt der Führer der Deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, am Freitag folgende Ansprache :

"Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stelle ich mit Stolz fest, dass die grosse Zahl derer, die im Reichsbanner die Organisation zum Schutze der Deutschen Republik geschaffen haben, der Sozialdemokratie angehören, der Partei, die den Frieden der Menschheit im Innern und Aussen herbeiführen will. Das Reichsbanner hat siegreiche Schlachten ohne Anwendung von Terror und Gewalt geschlagen. Die Gewalt rief einst das Reichsbanner ins Leben und schon sein Erscheinen genügte, um Freiheit und Staatsbürgerrechte, die die Republik dem Volke gegeben hatte, zu erhalten.

In der Zeit, die wir jetzt durchleben, hat die Gewalt wiederum ihr Haupt erhoben, die Gewalt, die niemals aufbaufähig ist. Das Schwert sei es, was den Freien auszeichne, der Freie könne nur im Freien leben, so tönt es uns jetzt tausendfach entgegen und gleichzeitig wird die Drohung ausgesprochen, dass man die andere Hälfte des Volkes sklawisch unterwerfen will. Die Fahne Schwarz-Rot-Gold, die Zeichen deutscher Einheit, die von je Zeichen für Deutschlands Einigkeit und Freiheit waren, sollen verschwinden."

Nach einem Zitat Uhlands erklärte der Redner: "In Sorgen und in Nöten wahrlich leben wir." In Sorgen und in Nöten innenpolitisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch. Auf allen Gebieten regt sich die Reaktion! Wir sehen das Deutsche Volk wieder aufgerufen zur Wahl und hören gleichzeitig die Drohung, dass es "das letzte Mal" sei, da das Deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann.

Stärker als alle Gewalt hat stets der Geist sich erwiesen. Was wieder auf erstehen will, ist der Geist der alten Zeit, der nichts zu tun hat mit dem technischen und kulturellen Fortschritt der Menschheit. Das Rad der Geschichte aber lässt sich nicht rückwärts drehen! Es geht in einer Zeit der kapitalistischen Weltkrise nicht an, dass ein Schlagwort allein genügt, um die Menschen in Bann zu schlagen. Mit einem Schlagwort kann man die Hirne der Menschen umnebeln, aber bald wird die Zeit kommen, wo die Menschen nachprüfen, dass das Versprochene nicht eingelöst worden ist. Der Marxismus wird als Abschreckungsmittel, als der Grund allen Elends hingestellt. Gleichzeitig aber erfahren wir den Zusammenbruch von Hunderten von Banken im kapitalistischen Amerika.

Das Diktat von 1918 bricht zusammen, weil es nur auf der nackten Gewalt und nicht auf dem aufgebaut war, was dem Fortschritt der Menschheit hätte dienen können. Dieses Diktat bricht in sich zusammen, weil es nur auf der Gewalt der Bajonette aufgebaut ist. Jetzt erhebt sich schon wieder in Europa das Gespenst des Krieges. Wir sehen, dass Produktion und Konsumtion aller Güter den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden müssen, wenn nicht diese Welt zugrunde gehen soll.

Die Not des Deutschen Volkes wird uns noch stärker zusammenschweissen. Es geht nicht an, dass alles das, was in den letzten 14 Jahren wirtschaftlich und moralisch für Deutschlands Stellung in der Welt erreicht worden ist, jetzt vertan wird. Wir wollen und werden weiter freie Menschen schaffen. In Zeiten grösster Not rufen wir allen Widersachern stolz entgegen: "Lever duad - üs Slav!"

Den Ausführungen von Otto Wels folgte minutenlangem begeisterter Beifall.

SPD. Breslau, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Aus den mittelschlesischen Kreisen werden zwei neue nationalsozialistische Gewalttaten gemeldet.

In Oels stürmte eine Horde von etwa 30 Nazis aus dem Braunen Hause in

den Vorraum des Postgebäudes, in dem sich 8 sozialistische Jungarbeiter aufhielten. Die Arbeiter wurden mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern und Schulterriemen niedergeschlagen und auf das gemeinste misshandelt. Unmittelbar nach dem Ueberfall nahmen die Hakenkreuzler mit ihren Knüppeln und Stöcken an einer Beerdigung teil. Den Jungarbeitern, die den Vorfall auf der Polizeiwache meldeten, wurde von einem Beamten erklärt: "Ihr habt noch nicht genug bekommen, Ihr hättet noch mehr Schläge haben müssen!"

In dem Städtchen Winzig Kreis Wohrlau versuchte ein Haufe von 150 Nationalsozialisten, die aus der Umgegend zusammengezogen waren, eine Versammlung der Eisernen Front zu sprengen. Die Hakenkreuzler warfen mit gefrorener Erde die Saalfenster ein. Als daraufhin Unruhe in Saal eintrat, schritt die Polizei zur Auflösung der Kundgebung. Auf der Strasse wurden die Versammlungsteilnehmer von SA-Leuten angefallen. Mehrere Angehörige der Eisernen Front, darunter eine Frau, wurden erheblich verletzt. Ausserdem zerschlugen die Hakenkreuzler einigen auswärtigen Versammlungsteilnehmern die Räder und Musikinstrumente.

SPD. Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, allen Stadtrandsiedlern das Wahlrecht zu sichern. Diese Bemühungen sind gescheitert.

Die Ausübung des Kommunalwahlrechts ist nach dem Gesetz an eine sechsmonatliche Aufenthaltsdauer des Wahlberechtigten in der Gemeinde gebunden. Viele Stadtrandsiedler verlieren, soweit die Siedlungen ausserhalb des Kommunalbezirks der alten Wohnsitzgemeinde gelegt sind, ihr Wahlrecht, da sie in der neuen Gemeinde noch nicht lange genug ansässig sind, um dort wählen zu können. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags ist deshalb im Ministerium des Innern vorstellig geworden um den Randsiedlern unter allen Umständen das Wahlrecht zu sichern. Sie ging dabei davon aus, dass die Durchführung der Randsiedlung auf Betreiben der Behörden erfolgte. Der starke wirtschaftliche Druck auf den Arbeitslosen und die Aussicht, durch Uebernahme einer Randsiedlung wenigstens etwas freier zu werden, darf nach Ansicht der Sozialdemokratie niemals den Verlust des Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten im Gefolge haben. Der Vorschlag der Sozialdemokratie ging dahin, mit Hilfe des Ständigen Ausschusses des Landtags eine Änderung des Wahlgesetzes vorzunehmen, die den Randsiedlern das Wahlrecht sichert.

Auf diese Bemühungen wurde aus dem Ministerium des Innern mitgeteilt, "dass man nicht die Absicht habe, eine entsprechende Vorlage auf Änderung des Wahlgesetzes zu machen." Eine andere Möglichkeit, den Randsiedlern die Ausübung des Wahlrechts zu sichern, gibt es nicht. Das ist auch der kommissarischen preussischen Regierung bekannt. Es ist deshalb die Frage am Platz, ob sie die Randsiedler etwa bewusst von der Ausübung des Wahlrechts ausschliessen will.

SPD. Braunschweig, 17. Febr. (Eig. Dr.)
Wie in Braunschweig das allen Staatsbürgern zustehende Koalitionsrecht gehandhabt wird, zeigt folgendes Beispiel:

Am 17. Februar sollte in Helmstedt eine Kundgebung der Eisernen Front stattfinden. Am 14. Februar hatte die Stadtpolizeibehörde diese Demonstration genehmigt. Zwei Tage später wurde die Genehmigung mit der Begründung zurückgezogen, dass u. a. der als Redner vorgesehene Landtagsabgeordnete Thielemann sich verschiedentlich abfällig über den derzeitigen Reichskanzler geäussert habe. Im Zusammenhang mit dem Thema der Kundgebung sei zu befürchten, dass bei ähnlich abfälliger Kritik Zusammenstösse mit Anhängern der Regierung er-

folgen könnten. Es könne nicht verantwortet werden, dass infolgedessen Menschenleben gefährdet würden.

Thielemann wird nun in einer Mitgliederversammlung der Eisernen Front sprechen.

SPD. Die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners Schwarzrotgold, zu der Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen sind, wurde am Freitag in Berlin durch den Bundesführer Karl Höltermann eröffnet. Höltermann gedachte in seiner Eröffnungsansprache vor allem der Toten des Reichsbanners und begrüßte dann die zahlreich erschienenen Gäste.

In seinem Hauptreferat führte Höltermann u.a. aus: Das Dritte Reich ist unglücklich ausgebrochen. Ich glaube, dass die ersten Enttäuschungen auch bei den Nationalisten schon da sind. Es trifft auf unsere heutige Zeit das Wort Fontanes zu: "Grosse Zeiten werden immer die genannt, in denen alles schief geht." Adolf Hitler verbreitet die Mär, es sei in 14 Jahren nichts geschehen. Ist es wirklich nichts, dass das Rheinland befreit wurde und dass man in der Frage der Reparationen ein grosses Stück vorangekommen ist? Vor einem Jahr hat das Reichsbanner in seinem Wollen zum inneren Frieden alles getan, was möglich war. Hindenburg ist nicht nur mit den Stimmen sondern auch mit den Groschen der Arbeiterschaft gewählt worden. Wir wollen keine Panikstimmung aufkommen lassen, aber an unserer Entschlossenheit soll man auch keinen Zweifel haben.

Nicht nur die Polizei ist die Staatsmacht, auch die Wehrmacht spielt eine grosse Rolle, und die Reichswehr trägt immer noch das feldgraue Kleid und nicht den braunen Rock. Es ist falsch, die Reichswehr in Bausch und Bogen als faschistisch zu erklären. Einmal muss das Problem der Wehrmacht gelöst werden, und dann wollen wir dabei sein. Die Regierung Hitler spricht sehr wenig von den Milizplänen, die Groener und Schleicher stark beschäftigten. So wie sie ist, kann die Reichswehr nicht bleiben, sie muss zu einem wahrhaften Instrument des deutschen Volkes ausgestaltet werden. Wir wollen ein Volksheer, deshalb heisst unsere Parole: Her mit der Miliz!

Höltermann schloss mit den Sätzen: Richten wir uns darauf ein, die Staatsmacht der Republik zu schaffen, denn nach Hitler kommen wir! Wir wollen die Staatsmacht! Deshalb gibt es jetzt für uns nur die allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit. Es muss moralisches Gesetz für jeden Arbeiter im wehrfähiger Alter sein, tatkräftig im Reichsbanner Schwarzrotgold mitzuarbeiten. (Stürmischer Beifall)

Am Freitag-Nachmittag beschäftigte sich die Bundesgeneralversammlung vor allem mit organisatorischen Fragen.

SPD. Darmstadt, 17. Februar (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Freitag wurden in Giessen die Schaufenster des Verlages der sozialdemokratischen "Oberhessischen Volkszeitung" durch Pistolenschüsse zertrümmert. Als Täter wurde ein 27jähriger Techniker namens Werner Rehberg, ein Nationalsozialist aus Thüringen, ermittelt und verhaftet. Die Waffe wurde beschlagnahmt. Rehberg ist geständig. Einen früheren Anschlag auf das sozialdemokratische Verlagsgebäude bestreitet er.

In Worms und dem Vorort Westhofen wurden in den letzten Nächten die Fenster jüdischer Geschäftsleute eingeschossen. Alle zwei Stunden wurde dann ein Steinbombardement in die Schlafzimmer unternommen. Die Täter sind bisher nicht ermittelt.

SPD. In der nationalsozialistischen Presse wird behauptet, dass sich der bis zur Erreichung der Altersgrenze beurlaubte Oberpräsident Noske bei Herrn Goering als Reichskommissar im Preussischen Innenministerium de- und wehmütig um seine Pensionierung bemüht habe. Er soll bei dieser Gelegenheit eine ganze Reihe persönlicher Wünsche vorgetragen haben. Oberpräsident Noske teilt uns dazu mit:

"Die betreffende Notiz ist der Ausfluss schmutzigster Gemeinheit. Es ist unter meiner Würde mich auch nur mit einem Wort weiter dagegen zu wenden."

Uebrigens genießt Noske als Oberpräsident wie alle aktiven Minister, Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ebenfalls den Schutz der Notverordnung vom 7. Februar. Nur haben wir davon, dass Herr Goering ihm diesen Schutz gegen Verächtlichmachungen in der nationalsozialistischen Presse zuteil werden liesse, bisher nichts gehört.

SPD. Die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners wählte am Freitag zum 1. Bundesführer Höltermann einstimmig wieder. Ebenfalls einstimmig wurde Hoffmann-Chemnitz zum 2. Bundesführer gewählt.

Als Beisitzer wurden gewählt: Dr. Bärensprung-Magdeburg, Dr. Braun-Magdeburg, Funke-Mittelschlesien, P. Gerlach-Düsseldorf, Richard Hansen-Kiel, Haufe-Dresden, Dr. Helfenstein-Mannheim, Kellermann-Berlin, Hans Lau-Hannover, Lemmer-Berlin, Meissner-Ostpreussen, Mulansky-Frankfurt a/Main, Arthur Neidhardt-Berlin, Reitz-Franken, Scheffel-Berlin, Dr. Schreiner-Berlin, Seele-Weimar, Stelling-Berlin, Steinfeldt-Hamburg.

SPD. Dresden, 17. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Polizeiuntersuchungsausschuss im sächsischen Landtag beschäftigte sich am Freitag mit den blutigen Vorgängen im Dresdener Keglerheim.

Die Zeugen waren Versammlungsteilnehmer, die übereinstimmend aussagten, dass der Redner, der ehemalige Oberleutnant Fraedrich, nicht gegen die Polizei gehetzt, sondern nur aufgefordert habe, sich gegen Uebergriffe der Nationalsozialisten zu wehren. Durch die Auflösung der Versammlung sei ein starker Tumult entstanden. Darauf hätten die Sprechchöre begonnen, die immer wieder gerufen hätten: "Ruhe bewahren! Alles ruhig sitzen bleiben!" In diesem Augenblick sei der erste Schuss losgegangen, und wie alle Zeugen behaupten, von der Polizei. Mehrere Zeugen wollen wissen, dass der Polizeioffizier, der die Versammlung aufgelöst hatte, geschossen habe. Ein Zeuge, der unmittelbar neben diesem Polizeioffizier gestanden hat, erklärte auf das Allerbestimmteste, dass er gesehen habe, wie aus der Pistole dieses Offiziers der Schuss losgegangen sei. Ein anderer Zeuge erklärte, er habe gesehen, wie ein Polizeibeamter auf einen anderen beschwichtigend eingeredet und ihm gesagt habe, man soll die Leute doch zuerst einmal ruhig aus dem Saal herausgehen lassen. Ein weiterer Zeuge will auf der Strasse gehört haben, wie ein aus dem Saal gekommener Polizeibeamter zu einem Polizeioffizier gesagt habe: "Es ist schrecklich, die Leute ersticken ja geradezu dadrinnen!"

Sämtliche Zeugen bestehen auch darauf, dass von der Galerie nicht geschossen worden sei. Diese Aussagen decken sich mit der dem Untersuchungsausschuss übermittelten Mitteilung des Oberstaatsanwalts, wonach die frühere offizielle Erklärung, dass von der Galerie geschossen worden sei, nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

SPD. Die öffentliche Bekanntgabe der Gründe für ein Presseverbot ist nach einer Anordnung des Herrn Goering in Preussen für die Zukunft untersagt. Es darf nur noch mitgeteilt werden, dass eine Zeitung oder Zeitschrift verboten ist. Die Begründung fällt künftig weg. Die gegenwärtigen Machthaber befürchten offenbar, dass ihr Ansehen leiden würde, wenn der Leser und das Volk erfahren, warum Zeitungen dem Zensor zum Opfer fallen.

Ein ausgezeichnete Beweis für die Berechtigung dieser Furcht bietet das Verbot des Berliner "Tempo". Hierzu geben wir einem gut nationalen und völkischen Blatt das Wort, dem Berliner "Jungdeutschen". Er schreibt:

"Dass wir zum Verbot des "Tempo" nicht aus Liebe zum Verlage Ullstein Stellung nehmen, wird uns jeder glauben, der unsere Politik kennt. Wir müssen auf dieses Verbot eingehen, weil seine Begründung überaus bezeichnend für die Regierung Hitler und für die Kreise, die hinter ihr stehen, ist. Nach der amtlichen Mitteilung hat den Anlass zu dem Verbot des "Tempo" eine Notiz unter der Ueberschrift "Verstimmung in der Burgstrasse, Aktien unter Druck" gegeben, die "geeignet" ist, das Vertrauen grösserer Kreise der Bevölkerung in die Zielsicherheit und Richtigkeit der Regierungsmassnahmen zu erschüttern und damit bei der augenblicklichen gespannten Lage lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden". In den Börsenberichten der Regierungspresse vom gleichen Tage sind ganz ähnliche Feststellungen zu finden. So schreibt die "Berliner Börsenzeitung": "Orders gingen nur in minimalstem Umfange ein, so dass das Geschäft einer Stagnation anheimfiel, die kaum noch zu unterbieten ist."

Wir fragen: welche "grösseren Kreise der Bevölkerung" können durch die "Tempo"-Meldung in ihrem Vertrauen zur Reichsregierung erschüttert werden? Die Antwort fällt nicht schwer, wenn man an den Start dieser Regierung des Führers der Bewegung gegen die "Bank- und Börsenjuden" zurückdenkt. Die "Bündischen", die Monatsschrift der doch wohl kaum marxistischen "Bündischen Reichsschaft", die ebenfalls in scharfer nationaler Opposition zur Regierung Hitler-Papen-Hugenberg stehen, schreiben darüber in ihrer neuesten Nummer: "Das "Dritte Reich" ist da. Im Hause eines jüdischen Bankiers wurde die neue "Nationale Konzentration" begonnen, unter dem Druck des grossen Finanz-, Industrie- und Agrarkapitals wurde sie vollendet. Mit Entsetzen sieht das junge aufständische Deutschland die Zeichen, unter denen das neue Regiment antritt." Wie aber die von der Hitler-Partei in Reden und Worten so scharf befehdeten Bank- und Börsenfürsten selbst die Bildung der neuen Regierung aufnahmen, schilderte die (etwa auch verkappt marxistische?) "Deutsche Zeitung" am 1. Februar unter der Ueberschrift "Grosse Kurssteigerungen an der Berliner Börse". Nach der Mitteilung von der Demonstration nationalsozialistischer Studenten vor der Börse schrieb das Blatt: "Die Börse selbst eröffnete dann in sehr fester Haltung bei lebhaftem Geschäft... Den neuen Männern bringt sie vollstes Vertrauen entgegen." Merkt der ehrliche Kämpfer in der SA, merken die eben noch zu Demonstrationen gegen die Börse missbrauchten nationalsozialistischen Studenten immer noch nicht, welche "Kreise der Bevölkerung" es sind, bei denen die Regierung; Hitler eine Vertrauenserschütterung befürchtete?"

So vergeht der Ruhm der Welt und die Fackelzugsstimmung dazu!

SPD. Hannover, 17. Februar (Eig. Drahtb.)
Das Organ des Fabrikarbeiterverbandes "Der Proletarier" wurde am Freitag auf drei Wochen verboten. Das Verbot wird mit dem Abdruck eines Artikels "Das Ende der Freiheit in Deutschland?" begründet.

SPD. Freiberg, 17. Februar (Eig. Dr.)

In Freiberg (Sachsen) wurde eine Wahlkundgebung der Eisernen Front von der aus der ganzen Gegend mobilisierten SA und SS gesprengt. In der von mehr als tausend Menschen besuchten Versammlung befanden sich etwa 250 SA-Leute in Zivil. Kaum hatte der Redner das Wort genommen, als der Tumult der Nazis begann. Er steigerte sich derart, dass die Polizei die Kundgebung auflöste. Damit hatte die SA ihr Ziel erreicht.

Die Versammlungssprengung ist planmässig vorbereitet worden. Das ergibt sich u.a. aus einem der Eisernen Front in die Hände gefallenen Alarmbefehl der nationalsozialistischen Kreisleitung. Die SA und SS war darin aufgefordert sich eine Stunde vor Beginn der Versammlung in Civil einzufinden, ohne Abzeichen aber mit Armbinden, Verbandszeug und Schulterriemen. Der sächsische Innenminister Richter, der von diesem Befehl sofort verständigt wurde, wies die städtischen Behörden an, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Kundgebung der Eisernen Front durchgeführt werden könne. Trotzdem war der Polizei schutz ungenügend und nicht in der Lage, den braunen Horden wirksam entgegenzutreten.

SPD. Am 4. September 1932 marschierte der Stahlhelm auf dem Tempelhofer Feld in Berlin auf. Der nationalsozialistische "Angriff" widmete ihm in No. 175 vom 3. September bundesbrüderliche Begrüßungsworte. Er begann mit der Frage: "Stahlhelm marschiert wohin? Nachtwächter für die Papenreaktion?" Dann ging es weiter:

"Währ nd Hindenburg den Veranstaltungen fernbleibt, haben schon gestern zahlreiche Prominenz aus Regierungskreisen die Versammlung im Sportpalast mit ihrer Anwesenheit beehrt, und morgen auf dem Tempelhofer Feld wird die Reichsregierung selbst offiziell vertreten sein. Man rechnet mit der Anwesenheit Papens und Gayls sowie derjenigen anderen Minister, die sich von ihren Dienstgeschäften frei machen können. Die Stahlhelmer aus dem Arbeiter- und Bauernstande werden also das merkwürdige Vergnügen haben, auch vor denjenigen Leuten paradieren zu müssen, die ihnen durch ihre Notverordnung vielfach das Letzte genommen haben."

Herrn Seldte persönlich wurden die folgenden Worte gewidmet: "Unter dem Beifall zahlreich erschienener höheren Beamten der Papenregierung bekannte sich Seldte für den gegenwärtigen politischen Kurs des Herrenklubs... Man steht wieder einmal Schulter an Schulter mit Herrn Hugenberg hinter der Regierung Papen mit ihrem reaktionären Kurs und ihren Notverordnungen."

Heute bilden nicht nur die Stahlhelmer, heute bilden auch die nationalsozialistische SA die "Nachtwächter der Reaktion", heute steht man gemeinsam hinter Herrn Hugenberg und Herrn von Papen und den Notverordnungen, die seit dem Regierungsantritt Hitlers nicht aufgehoben worden sind. Nicht nur die Stahlhelmer, auch die SA-Leute aus dem Arbeiter- und Bauernstand haben heute das merkwürdige Vergnügen, hinter den Leuten zu marschieren, die der "Angriff" im September 1932 in der vorstehenden Weise charakterisierte!

SPD. Hannover, 17. Februar (Eig. Dr.)

Eine vom Sozialdemokratischen Ortsverein Hannover herausgegebene Wahlzeitung wurde am Freitag beschlagnahmt, weil sie angeblich ein Ersatzblatt des verbotenen "Volkswille" darstellt. Die Sozialdemokratische Partei hat gegen diesen Eingriff in ihre Wahlagitation sofort Rechtsverwahrung eingelegt.

SPD. Der Regierungspräsident in Düsseldorf, Bergemann, der bisher der Sozialdemokratischen Partei angehörte, dem von dem kommissarischen preussischen Innenminister Goering aber trotzdem das "volle Vertrauen" bescheinigt wurde, hat der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Er hat seinen Austritt mit der Begründung erklärt, dass er einsehe, sich durch die Tatsache seiner weiteren Tätigkeit als Regierungspräsident mit dem Vertrauen des Ministers Goering ausserhalb der Partei gestellt zu haben.

SPD. Hagen, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer grossen Kundgebung der Zentrumsparlei von Iserlohn erklärte Reichstagsabgeordneter Joos: "Es ist traurig und beschämend, dass diejenigen, die im Ruhrkampf ihr Blut für die deutsche Sache hingegeben haben, heute als "international" "ausgerottet" werden sollen. Wo gibt es noch ein Land, wo solches möglich ist? Wer heute sagt, es gibt nur noch rechts oder links, der gräbt eine Kluft im deutschen Volk, die kaum mehr überbrückt werden kann, der macht aus Deutschland ein Bürgerkriegsgebiet."

Ueber die künftige Zentrumsparlei sagte Joos: "Die Mission des Zentrums ist, in diesem so heillos zerrissenen deutschen Volk Brücken zu schlagen von einem Lager zum anderen, weil es sonst nur Untergang gibt. Keiner darf vom anderen annehmen, er wäre nicht würdig, ein Sohn des deutschen Volkes zu sein. Wenn von gewissen Kreisen, besonders im Osten, das Lied gesungen wird: "Der Gott, der Eisen wachsen liess, der wollte keine Knechte", so sage ich: Er wollte aber auch keine Knechte im eigenen Land. Das Zentrum ist eine Verfassungspartei und die Grundsätze des Staates müssen von jedermann respektiert werden. Vor allem von denjenigen, die den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Parlamente sind gewiss nichts Vollkommenes. Aber das schlechteste Parlament ist immer noch besser als die Hintertreppenpolitik und die Cliquenwirtschaft. Es gibt bereits so manche nachdenkliche Stimme in den anderen Lagern, die jetzt sagt: Hätten wir einen Dr. Brüning noch am Ruder. Uebrigens hat es schon zu Brünings Zeiten einen Mann gegeben, der damals an den französischen Grafen d'Ormesson schrieb: "Nach Brüning kommt in Deutschland das Chaos." Der Mann, der das schrieb, war Herr von Papen."

SPD. Köln, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurden in Köln-Kalk 18 Häuser nach Waffen durchsucht. Gefunden wurden zwei Schusswaffen, Schlagwerkzeuge, zwei Flaschen mit Säure und Steine. 28 Kommunisten wurden festgenommen.

SPD. Hamburg, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In Hamburg wurde der 30jährige "Erzieher" Meyen, der durch seine guten Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei und seine einwandfreie nationalsozialistische Gesinnung dazu ausersehen wurde, Jugendführer in einem nationalsozialistischen Arbeitslager des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu werden, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Meyen machte sich in Hamburg als angeblicher Lehrer an Schulknaben heran und verstand es, sich das Vertrauen der Eltern zu erwerben, die nichts dagegen einzuwenden hatten, dass dieser "hervorragende Erzieher", gegen den schon einmal in Berlin ein Verfahren wegen Sittlichkeitsverbrechen schwebte, die Leitung von grösseren Ausflügen, bei denen gemeinsames Nachtquartier be-

zogen wurde, übernahm. In einem Lager bei Kuddewörde in Holstein verging sich der Angeklagte in schamlosester Weise an einem zehnjährigen Schüler. Es ist nicht der erste Fall nationalsozialistischer Jugenderziehung, der so endet.

SPD. Hermann Viktor Holm, einer der Direktoren des Ivar Kreuger-Konzerns ist am Freitag - wie uns aus Stockholm gemeldet wird - wegen Betrugs und falscher Buchführung zu sechs Monaten Zwangsarbeit und einer Geldstrafe von 300 000 Kronen verurteilt worden.

SPD. Stockholm, 17. Februar (Eig. Dr.)
Die handelspolitische Spannung zwischen Deutschland und Schweden hat der wirtschaftlichen Annäherung der nordischen Länder an England einen kräftigen Anstoss gegeben. Der Entwurf des Handelsvertrags, den England mit Schweden, Dänemark, Norwegen und Island abzuschliessen beabsichtigt, ist fertiggestellt worden. Dänemark soll sich bereit erklärt haben, seinen Bedarf an Kohle in England zu decken.

Schweden, das bisher weitgehenden Bindungen an England abgeneigt war, zeigt sich jetzt, nach dem Scheitern der handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland, den englischen Forderungen gegenüber williger. Die Neuorientierung des nordischen Handels beginnt sich zu verwirklichen. Die Folgen werden für den deutschen Export nach den nordischen Staaten katastrophal sein.

SPD. Frankfurt/M., 17. Febr. (Eig. Dr.)
Die Regierung in Wiesbaden hat die Aufführung des Remarque-Filmes "Im Westen nichts Neues" in zwei Taunusorten verboten. Nationalsozialistische Terrordrohungen genügten, Ruhe und Ordnung als "gefährdet" zu erklären und den Film zu verbieten.

SPD. Köln, 17. Februar (Eig. Drahtb.)
Die in Düsseldorf erscheinende "Solidarität", das Organ des christlichen Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, wurde wegen der Veröffentlichung einer Karikatur beschlagnahmt. Es wurde jedoch nur ein kleiner Rest der Auflage gefunden.

SPD. Paris, 17. Februar (Eig. Drahtb.)
Die von der Finanzkommission des Senats ausgearbeitete Finanzvorlage sieht einen Gesamtertrag von 6,3 Milliarden Francs vor. Er übertrifft den Ertrag der von der Kammer verabschiedeten Vorlage um 1,6 Milliarden.
Der Generalberichterstatter der Kommission erklärte einem Journalisten, dass diese "Gewaltanstrengung" nach der Ansicht des Senats notwendig sei, wenn man bei den Sparern das Vertrauen zum Staate wiederherstellen wolle, das für den Erfolg der demnächst aufzulegenden Konsolidierungsanleihe erforderlich sei.

In Wirklichkeit liegt den Beschlüssen der Senatskommission ein politi-

sches Manöver zugrunde. Der Senat möchte die ihm zu sehr unter dem Einfluss der Sozialisten stehende Regierung Daladier in einen Konflikt mit der Kammer bringen, um die Bildung einer Konzentrationsregierung zu ermöglichen. Ueberraschungen sind jedenfalls trotz des Verständigungswillens der Kammermehrheit nicht ausgeschlossen.

SPD. Halle, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Mitgliederversammlung der NSDAP in Halle forderte der Gauleiter Jordan auf, jede Versammlung der SPD oder KPD durch Zwischenrufe oder sonstige Störungen "unfriedlich" zu machen, damit sie von der Polizei aufgelöst werden könne. Das Rezept des Gauleiters wird treulich befolgt.

In Weissenfels mussten die Nazis von der Polizei mit dem Gummiknüppel aus dem Saal getrieben werden, weil sie ein Bombardement mit Stühlen und Biergläsern eröffnet hatten. In einem ausführlichen Polizeibericht war die Schuld der SA-Sprengkolonne objektiv festgestellt worden. Darauf hat der Merseburger Regierungspräsident die Ausgabe von Presseberichten den örtlichen Polizeiverwaltungen untersagt und sich die Information der Presse vorbehalten.

In Bitterfeld wurde der SA zu einer SPD-Versammlung der Zutritt von vornherein verweigert. Als die Versammlung begonnen hatte, erlosch das Licht. Auf der Strasse hatte die SA den elektrischen Anschluss zerstört. Weil der leitende Polizeioffizier sofort einen Scheinwerfer zur Verfügung gestellt hatte, in dessen strahlender Helle die Versammlung ordnungsgemäss durchgeführt werden konnte, fordern die vereinigten Harzburger jetzt die Beseitigung dieses Beamten.

In einer Kundgebung der Eisernen Front in Eisleben wurde dem Versammlungsleiter sowie dem Redner, Heilmann-Berlin, unter Androhung der sofortigen Versammlungsauflösung strengstens untersagt, auf die Eislebener Vorfälle einzugehen. Auch die Absicht der Versammlungsleitung, der Blutopfer des Naziterrors zu gedenken, musste aufgegeben werden. Am Abend vorher konnte der Gauleiter Jordan in einer öffentlichen Versammlung nicht nur lang und breit über die Eisleber Vorfälle sprechen, sondern auch eine scharfe Kritik an der behördlichen Berichterstattung und Untersuchung über die Zusammenstösse üben.

SPD. Halle, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft Halle teilt mit, dass sich von den am Sonntag in Eisleben verletzten Personen gegenwärtig noch 15 im Krankenhaus befinden, während bei 14 kaum nach Anlass zu Besorgnis besteht, ist das Befinden des 19 Jahre alten Erwerbslosen Hans Seidel (KPD) sehr ernst. Ob es gelingen wird, ihn am Leben zu erhalten, kann noch nicht gesagt werden.

Ueber die Schuldfrage ist in dem Bericht der Staatsanwaltschaft kein Wort zu finden.

SPD. Halle, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Gemeindeverwaltung von Nietleben ist man einer grösseren Steuerunterschlagung auf die Spur gekommen. Der Urheber, ein Angestellter und strammer Nazimann namens Grunert, ist verhaftet worden.

SPD."Der Vierjahresplan marschiert. Mit Hochdruck wird gearbeitet, um das deutsche Volk zu beglücken, das vollkommen aufgeschlossen ist für die Aufnahme aller Versprechungen, die ihm gemacht wurden. Und in der Tat, es geschieht einiges. Zunächst erhält es eine Serie von Rittmeistern, Konteradmiralen, Majoren, Obersten, Kapitänen usw. als Polizeipräsidenten. Offenbar, um es zu Zucht und Ordnung zu bringen, und vielleicht schaut daraus der Glaube hervor, mit einer militärisch so stark beeinflussten Polizei das Volk in Preussen eher an eine Zeit zu gewöhnen, in der einige Leute Vertrauen nur zum Säbel haben.

An sich könnten sich alle Freunde der Freiheit freuen, dass die Partei der Nationalsozialisten mit vollen Segeln in eine Reihe von Abenteuern hineinsteuert und einen Anschauungsunterricht liefert, der unbezahlbar ist; aber diese Methode, die soeben dabei ist, ein Parteibuchbeamtentum aus dem Boden zu stampfen, gegen das alles bisher Dagewesene eine elende Stümperei bleibt, dürfte von nicht wenigen auch als die Fortsetzung des Werkes der Zerreissung des deutschen Volkes betrachtet werden. Es geht ums deutsche Volk in Preussen; in den süddeutschen Ländern ist ein grösseres Mass von Freiheit garantiert, und dort findet ihre Grenzen eine Herrschaft, die sich auf die Dauer nur ein Geschlecht gefallen lassen könnte, das keinen Anstand nimmt, seine Tage hinfort mit den Händen an der Hosennaht zu verbringen. Der Abgeordnete Morath von der Deutschen Volkspartei, also einer Partei, die beflissen ist, zur schwarzweissroten Front zu gehören - früher kannte sie einmal das Wort liberal -, hat in Braunschweig erklärt, dass das, was in den letzten vierzehn Tagen auf dem Gebiete der Personalpolitik geleistet worden sei, einfach erschütternd und vernichtend für das Berufsbeamtentum wäre. Man kann nicht gut deutlicher werden, um das zu kennzeichnen, was sich da jetzt während der Zeit des braunen Himmels und der Kirschen begibt. Na ja, es wird sich aber noch viel mehr begeben, und noch mehr Leute werden aufstehen und ihrem Erstaunen in den Worten "einfach erschütternd und vernichtend" Luft machen, und der volksparteiliche Abgeordnete Morath wird nicht allein auf weiter Flur bleiben.

Die Eile, mit der Deutschland wieder einmal herrlichen Zeiten entgegengeführt wird, ist zunächst nur in dem Schurren der Säge, mit der das Berufsbeamtentum gekappt wird, und in der Kindlichkeit erkennbar, mit der man am Rundfunk herumfummelt. Anderes ist natürlich auch zu sehen und noch viel mehr, was hinreicht, um dem einfachsten Bürger verständlich werden zu lassen, warum nun auf einmal vier Jahre für Dinge nötig sind, deren sichere Ankunft vor noch nicht allzu langer Zeit postwendend in Aussicht gestellt war. Aber man darf kein Unmensch sein und muss anerkennen, dass im Hinblick auf die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft die Besetzung einer Reihe von Polizeipräsidiolen durch frühere Militärs und jetzige Nazileute ein doch in einem hohen Grade bewunderungswürdiger Versuch ist, auf dem Gelände des Vierjahresplanes tüchtige Sprünge vorwärts zu machen. Auch die beiden westlichen Provinzen Preussens, deren freiheitliche Gesinnung notorisch, aber für gewisse Leute nicht beachtlich ist, werden vollkommen Verständnis dafür haben, dass sie auf einmal unter die Obhut einer besondersn Polizeimacht gestellt werden. Sie, die ihre Freiheit gegen die fremden Besatzungsmächte waffenlos und auch ohne die damals noch im milden Dunkel des wohlwollenden Vergessens stehenden Hohenzollern verteidigten, haben erkannt, dass man das Dritte Reich nicht aufbauen kann, ohne noch einmal das deutsche Volk in tausend Teile zerrissen zu haben.

Das deutsche Volk wird die neue Wendung, die ihm in parteipolitischen Reden am Rundfunk, durch Zeitungsverbote und Massenschub von Parteibuchbeamten näherzubringen und verständlich zu machen versucht wird, in jener Geduld über sich ergehen lassen, die das äussere Zeichen gesammelter und gestraffter Kraft ist, und es wird keine Torheiten begehen gegenüber denjenigen, die nur darauf lauern, um einen Grund zum Angriff auf die Wahlfreiheit zu finden.

Aber am 5. März wird sich zeigen, wer in Deutschland noch die Freiheit liebt. Es werden so viele Menschen zur Freiheit sich bekennen, dass diejenigen Augen machen, die heute versichern, nach dem 5. und dem 12. März fänden sobald nicht wieder Wahlen statt.

Am 5. März hat das deutsche Volk Gelegenheit zu sagen, was es sich unter Freiheit vorstellt. Seine Antwort auf eine Fülle von Provokationen kann nicht zweifelhaft sein. Es wird eine ganz unmissverständliche Antwort auf die Frage geben, welcher Unterschied zwischen einem Kristallgefäß und einem Stiefelabsatz besteht."

"Kölnische Volkszeitung" No. 48 vom 17. Februar.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.



Appell an die Mieter.

Um das Dach über dem Kopf.

SPD. Die beiden grossen Mieterorganisationen in Deutschland, der Reichsbund Deutscher Mieter und der Bund Deutscher Mietervereine, sind mit einem Appell an die Mieter in die Öffentlichkeit getreten. Sie fordern sie eindeutig auf, bei der kommenden Reichstagswahl gegen das Kabinett Hitler - Hugenberg zu stimmen.

Der Bund Deutscher Mietervereine erinnert daran, dass die Regierung in ihrem Aufruf, der in ganz Deutschland auf Reichskosten veröffentlicht wurde, gesagt hat, dass sie es "als ihre oberste und erste Aufgabe ansehe, die Familie als Keinzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz zu nehmen". Wer wird diese Absicht nicht loben und eine solche Forderung nicht unterstreichen? Aber wie sieht es in der Praxis aus? Für die Landwirtschaft hat die gegenwärtige Regierung den Vollstreckungsschutz erweitert. Man kann darüber denken, wie man will; man kann durch eine solche Massnahme die Versackung der gesamten Landwirtschaft befürchten, eine Schädigung für die gesamte Wirtschaft wie das z.B. der Staatssekretär Hugenburgs im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, tut. Immerhin muss gesagt werden: der Landwirt ist davor gesichert, dass seine Wohnung unter den Hammer kommt, dass er das Dach über dem Kopf verliert. Wie aber steht es mit den Millionen von Mietern in den Städten, die seit Jahren arbeitslos sind und ihre Miete mit dem besten Willen nicht mehr zahlen können? Hier sollen am 1. April entscheidende Massnahmen durchgeführt werden, die zuguterletzt bedeuten, dass solche Mieter schonungslos auf die Strasse gesetzt werden können. Wenn man der Landwirtschaft den Vollstreckungsschutz gibt, dann muss dieser Vollstreckungsschutz auch den Mietern gewährt werden. Tut man das nicht, dann behandelt man die Bevölkerung nach verschiedenen Grundsätzen.

Der Bund Deutscher Mietervereine stellt für die Wohnungs- und Siedlungsfrage folgende Forderungen auf:

1. ein soziales Mietrecht zum Schutze aller Wohn- und Gewerberaummieter vor Kündigung und Mietssteigerung nach dem Entwurfe des Bundes;
2. ein Vollstreckungsschutz für die aus Anlass der Wirtschaftskrise schuldlos in Not geratenen Mieter;
3. eine wirksame Senkung der Mieten für alle Wohn- und Gewerberäume zur Beseitigung des derzeitigen Missverhältnisses zwischen Einkommen und Miete;
4. ein auf weite Sicht abgestelltes Programm für Wohnungsbau und Siedlung und Bereitstellung der zur Durchführung erforderlichen öffentlichen Mittel, in erster Linie aus der Hauszinssteuer als gleichzeitig wirksamste Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
5. ein Bodenreformgesetz, welches dafür bürgt, dass für Wohnungsbau und Siedlung jederzeit billiger Boden zur Verfügung steht und das deutsche Volk dauernd vor Ausbeutung durch die Bodenspekulation geschützt bleibt;

6. ein Belastungssperregesetz, das den deutschen Grund und Boden vor neuer Ueberschuldung bewahrt und insbesondere verhindert, dass das Sparkapital in den entschuldeten Althausbesitz abströmt und damit dem konstruktiven Aufbau der deutschen Wirtschaft entzogen wird;

7. eine allgemeine Zinssenkung.

Der Reichsbund Deutscher Mietervereine stellt folgendes fest: "Die Lage der deutschen Mieterschaft ist trostlos. Das Wohnungsmangelgesetz soll am 1. April 1933 aufgehoben werden! Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz ist so oft abgebaut, durchlöchert und verschlechtert, dass von Mieterschutz im eigentlichen Sinne des Wortes keine Rede mehr sein kann. Auch diese beiden Gesetze sollen am 1. April 1933 ablaufen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Mietrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches im Sinne sozialer Auffassungen ausgestaltet sind. Es kann aber wohl kein Zweifel darüber sein, dass die jetzige Reichsregierung das von der Mieterschaft geforderte soziale Miet- und Wohnrecht nicht schaffen wird, und es besteht die Gefahr, dass der Forderung der Haus- und Grundbesitzer nach Aufhebung der gesamten Mieterschutzgesetzgebung Rechnung getragen wird und dass die Mietrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches wieder unverändert in Kraft gesetzt werden. Das aber ist die Rückkehr des friedenszeitlichen Willkürrechts der Haus- und Grundbesitzer, die vollständige Entrechtung der Mieterschaft! Die im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage weitester Kreise der Bevölkerung so brennende Frage der Mietensenkung erfährt keine Förderung, während den Forderungen der Haus- und Grundbesitzer durch Gewährung von Millionengeschenken in weitgehendster Weise Rechnung getragen wird. Der Wohnungsneubau ist nahezu restlos eingestellt und Wohnungsnot und Wohnungselend werden dadurch ihre Verewigung erfahren. Bei solcher Lage muss sich die Mieterschaft fragen: Was haben wir von dem Kabinett der nationalen Konzentration zu erwarten? Die Haus- und Grundbesitzer stehen hinter dem Kabinett der nationalen Konzentration, Schon daraus ist mit aller Eindeutigkeit zu schlussfolgern, dass die Mieterschaft von diesem Kabinett nichts zu erwarten hat. Damit ist die Entscheidung der Mieterschaft für die Reichstagswahl am 5. März gegeben. Wir können garnichts anderes tun, als dem Kabinett der nationalen Konzentration - das kein Kabinett der nationalen Konzentration ist - den allerschärfsten Kampf anzusagen und durch die richtige Stimmabgabe mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, dass das Volk dieses Kabinetts der kapitalistischen Reaktion nicht will!"

Die Mieter stehen am 5. März vor einem Entscheidungskampf. Dieser Entscheidungskampf kann nur für die Mieter gewonnen werden, wenn geschlossen für die Sozialdemokratie, Liste 2, eingetreten wird!

SPD. Die Reichsregierung hat sich darauf beschränkt, über ihre neuen Massnahmen auf den Getreidemarkten, durch die man eine weitere Steigerung der Getreide- und Futtermittelpreise erzielen will, allgemeine Angaben zu machen. Ueber die Einzelheiten wird noch beraten. Die Reichsregierung will sie später mitteilen. Die geplanten Massnahmen erstrecken sich im wesentlichen auf eine Förderung des Getreideexports und auf Verfütterung von Roggen und Weizen an Schweine und Hühner.

Die neue Aktion der Regierung ist zweifellos aus einer Notlage geboren worden, in die die Regierung durch ihre bisherige Preisstützung an den Getreidemarkten geraten ist. Die Dinge haben sich so vollzogen, dass die Regierung an der Berliner Getreidebörse zeitweise der einzige Käufer war und in Berlin z.T. höhere Preise zahlte als in der Provinz. Im Verlauf der Preisstützungsaktion hat die Reichsregierung bzw. die Stützungsstelle beträchtliche Getreidemengen mit dem Geld der Steuerzahler aufgekauft. Diese Bestände müssen

irgendwie verwertet werden, wenn sie nicht im nächsten Jahr auf den Getreide-
markt drücken und die Getreidemärkte ruinieren sollen. Aus diesen Ueberlegun-
gen erklärt sich die geplante Verfütterung von Roggen und Weizen an Schweine
und Hühner. In erster Linie sind hier die Interessen der Getreidebauer, also
in der Hauptsache der Grossagrarien, ausschlaggebend. Weiter will man mit ei-
ner Entlastung der Getreidemärkte durch Verfütterung und Export das völlig in
Unordnung geratene Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage normaler gestal-
ten und so die Getreidepreise nach oben treiben. Für die Konsumenten d.h. für
die städtische Bevölkerung und die bäuerlichen Betriebe, die Getreide auf dem
freien Markt zur Verfütterung zukaufen müssen, entsteht damit die dringende
Gefahr einer Mehl- und Brotpreissteigerung und einer Futtermittelverteuerung.

Ueber die Verfütterungsaktion erfährt man nur so viel, dass Roggen im Zu-
sammenhang mit Kartoffelflocken - zur Stützung der Kartoffelpreise! - für die
Schweinemast abgegeben werden soll. Die Hühnerhalter sollen eosinierten Wei-
zen d.h. gefärbten Weizen als Hühnerfutter erhalten. Hier wurde vor einiger
Zeit die Menge mit 200 000 Tonnen genannt. Man muss abwarten, wie man sich im
Reichslandwirtschaftsministerium die Einzelheiten denkt. Alles kommt darauf
an, ob der Preis, den man für Roggen und Weizen vom Schweinemäster und vom
Geflügelhalter fordert, genügend verbilligt ist. Macht man diesen Betrieben
nicht einen genügend billigen Preis, dann hat die ganze Aktion gar keinen Zweck.
Bei den bisherigen Aktionen ist ja auch immer der teure Preis kritisiert wor-
den. Nun hat aber die Reichsregierung den Weizen und den Roggen, den sie jetzt
billiger verkauft, recht teuer eingekauft. Sie wollte ihn ja recht teuer ein-
kaufen, um die Getreidepreise hochzuhalten. Je mehr sie jetzt den Preis ver-
billigt, desto mehr muss sie die Reichskasse belasten. Dabei liegt das Prble-
matische ihrer Massnahmen auf der Hand. So kriegt z.B. der Geflügelhalter, vor-
ausgesetzt, dass er auf das bessere Hühnerfutter, den Mais, verzichten kann oder
will, in diesem Jahre eosinierten Weizen. Darauf kann er sich aber nicht für
die Dauer einstellen; denn er weiss ja nicht, ob er im nächsten Jahre auch
wieder eosinierten Weizen bekommt. Diese Ungewissheit bringt natürlich Unsi-
cherheit in die Betriebe, das Schlimmste, was passieren kann.

Für die Ausfuhrförderung kommt neben Brotgetreide auch Hafer in Frage. Die
amtliche Mitteilung spricht hier von Ausfuhrscheinen. In Wirklichkeit wird es
sich wohl um die alten, viel kritisierten Einfuhrscheine (Liebesgaben) handeln.
Betont wird ferner, dass eine zollbegünstigte Getreideeinfuhr nicht mehr statt-
finden soll. Das entspricht jenen Gerüchten, die von neuen Zöllen für die Oel-
saateneinfuhr, die man für die Margarinefabrikation gebraucht, wissen wollen.
Die Dinge liegen hier so, dass das deutsche Getreide weit teurer ist als das
Getreide im Ausland. Will man deutsches Getreide im Ausland verkaufen, dann
muss man die Preise senken. Die Differenz zwischen den deutschen Getreideprei-
sen und den gesenkten Preisen für deutsches Getreide, das man im Ausland ver-
kaufen will, übernimmt der Staat; er gibt dafür Einfuhrscheine. Mit diesen
Einfuhrscheinen will man anscheinend die neuen Zölle für die Oel-
saateneinfuhr bezahlen lassen. Dadurch entsteht für die Reichskassen kein direkter Verlust,
da es sich um neue Zölle handelt. Aber die Rohstoffe für die Margarinefabri-
kation werden belastet. Das muss zu einer Margarinepreissteigerung führen. Die
Ausfuhrförderung von deutschem Roggen, Weizen und Hafer wird also zuguterletzt
durch die Margarineverbraucher bezahlt, denen man wohl nachsagen kann, dass sie
zu den Aermsten der Armen im Lande gehören.

SPD. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das am
Freitag tagte, stellt in einer Entschliessung "als allgemeine Auffassung des
Präsidiums" fest, "dass die Stellungnahme der Industrie auch gegenüber der
neuen Regierung von ihren wirtschaftspolitischen Massnahmen abhängig bleiben

müsse. Für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es nach Auffassung der Industrie von ausschlaggebender Bedeutung, dass Störungen der inneren Ruhe und des sozialen Friedens vermieden werden, damit die vorhandenen Möglichkeiten einer organischen Gesundung nicht vernichtet werden. Dazu müssen Unternehmer und Arbeiter im Interesse der Allgemeinheit beitragen. Für Staat und Wirtschaft bleibt es wichtig, dass das deutsche Berufsbeamtentum in seiner Grundlage unangetastet erhalten wird."

Wir können die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nur so auslegen, dass auch er sich gegen die Provokationen der SA.-Leute wendet, die Quellen grösster Unruhe und grösster Unsicherheit auch für die Wirtschaft geworden sind.

Im übrigen beschäftigte sich Staatssekretär z.D. Dr. von Simson im Verlauf der Tagung mit der Lage der deutschen Exportindustrie und stellte fest, dass die Meistbegünstigung, die ohne Zweifel durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht wird, für die deutsche Wirtschaft von grösster Bedeutung sei. Das habe der Vertrag von Versailles gezeigt, der der deutschen Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren die Meistbegünstigung versagte. Weiter führte Simson aus, dass sich die deutsche Ausfuhr von 9,3 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf 13,5 Milliarden Mark im Jahre 1929 gesteigert habe. Damit habe sich die Zahl der Arbeiter, die für den Export tätig ist, von 2,7 Millionen auf 4,1 Millionen erhöht. Hätte diese Exportsteigerung nicht stattgefunden, so wäre die Arbeitslosenziffer um 1,4 Millionen Köpfe höher.

Wir unterstreichen die Auffassung des Herrn von Simson, dass ohne den deutschen Export die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht überwunden werden kann. Umso unerklärlicher sind die handelspolitischen Massnahmen der Regierung, die in ihrer Auswirkung den deutschen Export beeinträchtigen müssen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben für den Januar 1933 mit 561,6 Millionen Mark gegenüber 730,5 Millionen Mark im Januar 1932 an. Die Lohnsteuer erbrachte nur 65,29 Millionen gegenüber 80,4 Millionen Mark im Vorjahre.

Da der Voranschlag für das ganze, am 1. April 1932 begonnene Steuerjahr 7 464 Millionen Mark ausmacht und die tatsächlichen Einnahmen in den ersten 10 Monaten des laufenden Steuerjahres, also bis Ende Januar 1933, nur 5 494 Millionen Mark betragen, ergibt sich ein Ausfall von 626 Millionen Mark.

Gemüsemarkt.

SPD. Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision. Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl 5 - 8,50, Rotkohl 2,50 - 5, Rosenkohl Ia 15 - 19, Grünkohl Ia 4 - 4,50, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2 - 3, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 22 - 25, Rettiche j.n. Grösse Schock 3,50 - 5, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie j.n. Grösse 5 - 10, Porree Schock 0,80 - 1,20, Petersilie grün j.n. Bundgr. 100 Bd. 2,50 - 10, d.m. Wurzeln 50 kg 4 - 8, Salat Rapunzeln 60 - 80, Edel-Champignons weiss Ia 100 bis 110, Zwiebeln sortiert grosse 5 - 5,50, do. unsortiert 4,75 - 5,00.

SPD. Die am Freitag abgeschlossenen Stillhalteverhandlungen betreffen rund 4 Milliarden Mark kurzfristige Schulden an das Ausland, deren Fälligkeit bis Ende Februar 1934 verlängert wird. Deutscherseits bestand man in diesen Stillhalteverhandlungen auf eine Zinssenkung. Die Schuldner Deutschlands verlangten dagegen eine Abschlagszahlung in Höhe von 10 %.

Man hat einen Kompromiss in der Art gefunden, dass der Zinssatz um durchschnittlich $\frac{1}{2}$ % verringert wird. Damit liegen die Sätze, die Deutschland für die Stillhaltegelder zu zahlen hat, wesentlich unter den Sätzen, die die ausländischen Gläubiger Deutschlands in ihren eigenen Ländern zu zahlen haben. Die in den Stillhalteverhandlungen erreichte Zinssenkung ist auch ein wesentliches Argument für die Forderung nach einer Diskontsenkung in Deutschland.

Deutschland hat zugestehen müssen, die sogenannten Kreditlinien um 5 % zu senken. Dabei hat man an jene Kredite zu denken, die das Ausland Deutschland für den Warenimport und -export eingeräumt hat. Diese Kredite sind nach dem Stand vom Sommer 1931, als die Finanzkatastrophe hereinbrach, festgelegt worden (Kreditlinien). Diese Kreditlinien, die von Deutschland bald weniger bald mehr in Anspruch genommen worden sind, werden jetzt um 5 % gekürzt. Es wird den deutschen Unterhändlern nicht leicht gefallen sein, in diese Kürzung einzuwilligen. Sie bedeutet eine Verknappung der in Deutschland arbeitenden Mittel. Für die Reichsbank wird die Kürzung der Kreditlinien um 5 % zur Folge haben, dass sich ihre Währungsreserve, rund 920 Millionen Mark in Gold und Devisen, etwa um 40 Millionen Mark verringern wird.

SPD. Allem Anschein nach wird man den Abschluss der Stillhalteverhandlungen in Berlin zum Anlass nehmen, den Reichsbankdiskont um $\frac{1}{2}$ % zu senken. Der Wirtschaft wird damit die erfreuliche Anregung billigeren Geldes gegeben, der leider in der Unsicherheit und der Ungewissheit, die alle Wirtschaftsteile beherrscht, starke Hemmungen gegenüberstehen. Mit der Senkung des Reichsdiskontsatzes dürfte wohl Mitte nächster Woche zu rechnen sein.

Der Reichsbankdiskont wird damit auf $3\frac{1}{2}$ % fallen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, dass der Diskontsatz bereits im Anfang des Jahres 1930, also vor gut drei Jahren, auf 4 % sank. Die sich stärker ausweitende Krise führte damals zu einem raschen Abbau des Zinssatzes. Die Entwicklung wurde durch das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung (Reichstagswahl vom September 1930) und durch die Finanzkatastrophe im Sommer 1931 jäh unterbunden. Drei Jahre hat man gebraucht, um die Dinge, wenigstens rein äusserlich, einigermaßen einzurenken. Die Misswirtschaft bei den privaten Grossbanken, die Ueberspekulation und die Fehlinvestitionen im deutschen Bankgewerbe, dann aber auch die hemmungslose nationalsozialistische Agitation, hat uns in der Gesundung unserer Geld- und Kapitalmärkte 3 Jahre gekostet. Mit diesen 3 Jahren wären masslose Verschärfungen der Wirtschaftskrise verbunden.

SPD. Für die Senkung des Zinssatzes wird u.a. der am Freitag veröffentlichte Reichsbankausweis für die 2. Februarwoche (Woche zum 15. Febr.) angeführt. Nach diesem sind die Ausleihungen der Reichsbank gegenüber Ende Januar, wo die Wirtschaft zur Ueberwindung des Monatsultimo grössere Kredite von der Reichsbank einfordert, von rund 2 996 Millionen Mark auf 2 795 Mill. Mark gefallen. Der Wechselkredit ging von 2 459 Millionen auf 2 300 Millionen zurück. Die Entlastung ist stark und verträgt schon eine Diskontermässigung. Bei der Währungsreserve liegt eine geringe Erhöhung, um 200 000 Mark, auf 920,4 Mill. Mark vor. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Schluss der 2. Februarwoche 28,9 gegen 28,4 % der Vorwoche.

Neue Stützungsmaßnahmen.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Februar)

SPD. Das Angebot war am Freitag auf Grund der neuen Stützungsmaßnahmen der Reichsregierung knapper gehalten. Bei geringen Umsätzen gab es durchweg Preissteigerungen. Der Preis für Hafer, der bei den Stützungsmaßnahmen berücksichtigt wird, zog um 4 Mark an.

	<u>16. Febr.</u>	<u>17. Febr.</u>
	(ab märkische Station	in Mark.)
Weizen	194 - 196	196 - 198
Roggen	154 - 156	155 - 157
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrieroggen	158 - 164	158 - 164
Hafer	115 - 118	118 - 121
Weizenmehl	22,75 - 26,15	23,00 - 26,30
Roggenmehl	20,00 - 22,00	20,25 - 22,25
Weizenkleie	8,00 - 8,30	8,20 - 8,40
Roggenkleie	8,60 - 8,90	8,60 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 211 - 211 $\frac{3}{4}$ (208 $\frac{3}{4}$),
Mai 213 $\frac{1}{2}$ - 214-213 $\frac{1}{2}$ (211 $\frac{1}{2}$). Roggen März 169 $\frac{1}{2}$ - 170 $\frac{1}{2}$ (168), Mai 172-173 (171).
Hafer März 130 (126 $\frac{1}{2}$), Mai 133 $\frac{1}{4}$ (129 $\frac{1}{4}$).

Berliner Viehmarkt.

(17. Februar)

SPD. Am Freitag setzten sich die Preissteigerungen am Berliner Viehmarkt fort. Besonders stark waren die Preiserhöhungen am Schweinemarkt. Auf allen Märkten entsprach der Auftrieb nicht der Nachfrage. Die Preissteigerung beruht also durchweg, wie am Dienstag, auf einer Verknappung des Angebots.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (40), b) 240-300 Pfd. 42-43 (39-40), c) 200-240 Pfd. 41-42 (38-40), d) 160-200 Pfd. 39-40 (35-38), e) 120-160 Pfd. 35-38 (33-35), Sauen 38-40 (35-37). Schafe: a) 36 (34-35), b) 25-27 (24-25), c) 32-33 (29-30), d) 22-30 (20-28). Kälber: b) 38-44 (35-42), c) 28-38 (27-35), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 25-27 (24-25), b) 22-24 (20-22), c) 18-21 (17-19) d) 12-16 (12-16).

-----V

SPD. Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich=genossenschaftliches Versicherungsunternehmen, konnte im Monat Januar 1933 = 19 241 Versicherungen abschliessen, gegenüber 18 455 im Monat Dezember 1932 und 11 322 im September 1932. Die Vorwärtsentwicklung, die Mitte vorigen Jahres einsetzte, hat danach angehalten und sich gesteigert. Ein Zeichen des Vertrauens der werktätigen Bevölkerung zu der Volksfürsorge ist wohl die Tatsache, dass allein im Monat Januar in 7 000 Fällen die Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen beantragt wurde.

Gewerkschaftliche Bündnisse

Gelb ist Trumpf.

SPD. Im Vorstand der Reichsanstalt haben die Gelben einen Erfolg errungen. Kann man sich darüber wundern? Ausgesprochene Förderer und Freunde der Gelben stehen heute in der Reichsregierung an massgebender Stelle. Herr v. Rohr-Demmin, der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, und ebenso der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Herr Bang, und nicht nur sie, sondern alles, was mit Hugenberg Machtpositionen bezogen hat, ist gelb. Und die Nazis? Sie sind keine Freunde der Gelben - sagten sie tausendmal in ihrer Agitation. In der Arbeitsanweisung der Reichsbetriebszellenabteilung vom Januar 1931 heisst es auf Seite 7, dass jeder Nationalsozialist ausgeschlossen wird, der "entgegen dem Verbot, einer gelben oder wirtschaftsfriedlichen Organisation, gleich welcher Art, aktiv oder passiv angehört." Aber kein Landbundführer hat jemals den Kampf der Nazis gegen die Gelben ernst genommen, und so kann es nicht überraschen, wenn heute die Gelben die Schosskinder des neuen Kurses geworden sind, wenn die "Arbeitergruppe" des Pommerschen Landbundes vom Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der Vertreter der Gewerkschaften als wirtschaftliche Vereinigung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern zugelassen wurde.

Die Gewerkschaften haben im Vorstand der Reichsanstalt Beweismaterial angeboten, um von neuem klarzustellen, dass bei der "Arbeitergruppe" des Landbundes von einer wirklich selbständigen und unabhängigen Arbeiterorganisation nicht geredet werden kann. Die Gewerkschaften haben eine neue Beweis-erhebung über die Höhe der Mitgliederzahl der Landbund-"Arbeitergruppe" verlangt. Umsonst: die Vertreter der Arbeitgeber und der Behörden haben im Vorstand der Reichsanstalt der Arbeitergruppe des Landbundes einen Vertretersitz und zwei Stellvertretersitze zuerkannt.

Sowohl in der Frage der Mitgliederzahl wie in der Frage der organisatorischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit hat die "Arbeitergruppe" des Landbundes seit Jahren nach Kräften das Gelände vernebelt. Sie leistete sich die wundersame Legende, sie mustere rund 37 000 Mitglieder. Ihre wirkliche Mitgliederzahl liegt vielleicht zwischen 2 500 und 3 000. Wenn man für 1929 rund 29 000 Mark Beitragseinnahme meldet, und wenn damals der monatliche Beitrag 1 Mark betrug, dann kommt man zu einer Mitgliederzahl von rund 2 400. Nun werden in der Arbeitergruppe bei verheirateten Mitgliedern auch die Frauen ja, wenn wir nicht irren, sogar erwerbsfähige Kinder als Mitglieder mitgerechnet. Aber selbst wenn diesen Krampf, unter allen Umständen eine möglichst hohe Mitgliederzahl zusammenzubringen, berücksichtigt, dann kommt man immer erst zu einer Ziffer von vielleicht 10 000 und noch lange nicht zu 37 000. Und wie 1929, so stehen auch heute die Dinge; denn die Krise brachte, wenn man von den jüngsten Werbeerfolgen der freien und christlichen Gewerkschaften absieht, nirgends eine Mitgliederzunahme der Arbeiterorganisationen.

Wie sehr die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes allen Anlass hat, ihre Mitgliederzahl zu verheimlichen, verraten gewisse Warnungsschreiben an ihre sogenannten Sozialsekretäre. Da ging z.B. vom Landbund in Stettin an eine Sozialsekretärin ein Brief, worin mitgeteilt wird, dass das Landes-

arbeitsamt eine Stichprobe zur Feststellung der wirklichen Mitgliederzahl durchführen wolle; die Sozialsekretärin wird darauf aufmerksam gemacht, dass für ihren Kreis 1 282 Mitglieder angegeben seien und dass sie für den Nachweis dieser Ziffer dem Prüfer gegenüber verantwortlich sei. Dieser Brief sollte nach Kenntnisnahme vernichtet werden.

Der Grundsatz des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Grundsatz hat nur dann einen Wert, wenn alle Arbeitnehmervertreter aus wirklich unabhängigen und völlig in sich selbständigen Organisationen kommen. Das trifft jedoch für die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes in keiner Weise zu.

Hunderte von Lohnzügen beweisen, dass dem Landarbeiter in zahllosen Fällen der "Gewerkschaftsbeitrag" direkt vom Lohn abgezogen und durch den Arbeitgeber der "Arbeitergruppe" des Landbundes zugeführt wird. Immer wieder ist die Feststellung gemacht worden, dass die sogenannten Sozialsekretäre der "Arbeitergruppe" abhängig sind von der Hauptgeschäftsstelle des Pommerschen Landbundes, also von der Arbeitgeberorganisation. Immer wieder hat sich gezeigt, dass die sogenannten Arbeitnehmervertreter des Landbundes sehr weitgehend den Bestimmungen der Gesamtorganisation des Landbundes, die nur von den Arbeitgebern geführt wird, unterstehen.

Von einer wirklich selbständigen und vom Arbeitgeber unabhängigen Organisation kann also bei der "Arbeitergruppe" des Landbundes absolut keine Rede sein. Macht nichts. Die Gelben haben im Vorstand der Reichsanstalt ihren Willen bekommen. Selbstverständlich müssen die Gewerkschaftsvertreter unter diesen Umständen auf eine Mitwirkung bei den Beratungen des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Pommern verzichten.

Welche Haltung wird nun der Reichsarbeitsminister als Aufsichtsorgan gegenüber der Beschwerde der Vertreter der Gewerkschaften einnehmen? Schwer ist diese Frage wohl kaum zu beantworten. Aber warten wir ab.

SPD. In Italien ist nach amtlicher Mitteilung die Zahl der Arbeitslosen bis zum 31. Januar auf 1 225 470 gestiegen. Einen Monat früher, am 31. Dezember, betrug sie nach amtlicher Angabe 1 129 654.

SPD. In Remscheid hat das Alexanderwerk A. van der Nahmer, das zurzeit 240 Angestellte und 1 000 Arbeiter beschäftigt, infolge weiteren Rückgangs des Auslandsgeschäfts für 50 Angestellte und 200 Arbeiter die Kündigung beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht.

SPD. In Oberschlesien führt die Wirtschaftskrise zu einer neuen bedenklichen Häufung der Stilllegungen. Auf den Gruben der Borsigwerk A.G. in Westerschlesien ist der Abbau von 250 Mann geplant. Auf der Hedwigwunschgrube wurde bereits 320 Arbeitern gekündigt.

In Osterschlesien plant die Giesche-Bergwerksdirektion die Entlassung von weiteren 2 000 Arbeitern. Die Zellulose-Fabrik Natronag in Stahlhammer bei Lublinitz will ihre Belegschaft um 400 Mann verringern; die Radzionkau-Grube bei Beuthen hat die Entlassung von 400 Arbeitern beantragt; und es ist leider damit zu rechnen, dass der Demobilisierungskommissar die Abbaumassnahmen dieser Gesellschaften genehmigen wird. Die Friedenshütte hat 50% ihrer Belegschaft bereits abgebaut; nun will auch die in der Gemeinde Friedenshütte

liegende Friedensgrube schliessen. Die Schliessung würde die Gemeinde vollends an den Bettelstab bringen. Die Gewerkschaften haben beim Demobilmachungskommissar gegen die Stilllegungsaktion der Werksleitung schärfsten Einspruch erhoben.

Neuerdings haben in Ostoberschlesien mehrere Werksleitungen grosser industrieller Betriebe auf Ansuchen der Betriebsräte Werksküchen eingerichtet. Die Ferrum-Werke in Kattowitz fingen damit an; ihnen folgt jetzt die Bismarckhütte, die täglich 2 000 Portionen Mittagessen gegen geringes Entgelt verabreichen will. Da die Wohlfahrtszuwendungen gänzlich unzureichend sind, werden Tausende ostoberschlesischer Arbeiter nur noch durch die Einrichtung der Suppenküchen vor dem Verhungern bewahrt.

Während man in Genf noch über die Möglichkeiten einer internationalen Arbeitszeitverkürzung berät, drängt das Arbeitszeit-Problem in Ostoberschlesien unter dem Druck der Krise und des furchtbaren Elends der Arbeitermassen zu Gewaltlösungen. Mehrere Grossbetriebe, so z.B. die Brückenbauanstalt der Königshütte, arbeiten nur noch an vier Wochentagen. Auch die Laurahütte plant die Einführung der Viertageweche.

SPD. Die Essener Nazizeitung veröffentlichte am 5. Februar eine Entschliessung der Handelskammer in Münster, die sich gegen eine Stilllegung der Zeche Sachsen wendet. Im Anschluss an diese Notiz meinte das Naziorgan:

"Es besteht u.E. kein Zweifel mehr darüber, dass die Regierung, sei es durch eine Lex Sachsen, sei es durch Uebertragungsverbot von Quoten innerhalb des Syndikats, die Stilllegung der Zeche bzw. beider in Rede stehender Zechen verhindern wird. Der Aufruf des Gesamtkabinetts gab deutlich genug zu verstehen, dass im heutigen Staate sozialen Ungerechtigkeiten, wie sie im Falle Sachsen geplant sind, ein Riegel vorgeschoben werden wird."

Zwei Tage später schlug im Ueberwachungsausschuss des Reichstages der Ausschussvorsitzende Sozialdemokrat Paul Löbe vor, zunächst die geplante Stilllegung der Zeche Sachsen zu behandeln. Man kam nicht dazu, weil die Tagung des Ausschusses durch den Nazikrawall gesprengt wurde. "Damit" - so bemerkt dazu die "Bergbauindustrie", das Organ der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter, "haben die Nazis wieder einmal bewiesen, was von ihren sozialen Erklärungen in der Praxis zu halten ist."

SPD. Die Wahlzeit in der Sozialversicherung, d.h. die Amtsauer der Personen, die ein Ehrenamt in der Sozialversicherung bekleiden, die z.B. als Beisitzer in Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern oder im Reichsversicherungsamt tätig sind, oder dem Vorstand oder Ausschuss einer Krankenkasse, einer Landesversicherungsanstalt usw. angehören, ist durch eine neue Ver~~ord~~ordnung bis Ende d.J. verlängert worden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 17. Februar 1933.

Der Selbstmörder.^x

Von Valentin Katajef.

SPD. Es war in jeder Hinsicht eine Gemeinheit von dem Bürger. Doch wie dem auch sei, er hatte nun einmal den Entschluss gefasst, umso mehr, als der Selbstmord nicht durch das Strafgesetzbuch beanstandet wurde. Kurz und gut, ein gewisser Bürger hatte, enttäuscht von den Sowjetzuständen beschlossen, seinem Leben ein Ende zu machen. In aller Eile liess er sich einen Urlaubszuschuss und eine Entschädigung für einen ungenützten Urlaub auszahlen, setzte seinen letzten Willen für das Lokalkommissariat auf, erstand im Konsum einen hübschen grossen Mauerhaken, ein Stück Toiletteseife, 3 Meter Leine, ging heim, stellte einen Stuhl an die Wand und kletterte hinauf. K - - r - - a - - ch!

"Zum Teufel! Netter Stuhlsitz, der nicht einmal das Gewicht eines intelligenten jungen Selbstmörders aushält! Und das nennt sich Qualitätsware!" - Doch unser Bürger war nicht gewillt, sich so leichthin dem Schicksal zu ergeben, das in seinen Augen nichts andres darstellte als eine Theorie der Möglichkeiten. Mit einiger Mühe erklomm er das Fensterbrett, stemmte den Nagel gegen die Wand und hämmerte mit dem Briefbeschwerer auf den Nagelkopf los. K - r - r - a - ch!

"Ein Skandal mit dem Nagel! Einfach zersplittert! Auch Qualitätsware! Na, ich danke! So wird einem anständigen Menschen jede Möglichkeit genommen, sich aufzuhängen. Es bleibt nichts andres übrig, als den Strick am Haken der Hängelampe zu befestigen. Der stammt noch vom alten Regime; der lässt einen nicht im Stich."

Der Bürger befestigte den Strick am Lampenhaken, zog eine wohlgeformte Schlinge und begann, sie einzuseifen. "Die Seife hier ist auch was Rechtes. Einmal seift sie schlecht, und dann riecht sie nach Maiglöckchen und - bitte um Entschuldigung - nach Bockgestank. Es ist einfach widerlich, sich mit sowas zu erhängen." - Aber der Bürger schluckte seinen Widerwillen hinunter, steckte den Kopf in die Schlinge und sprang ins Bodenlose. K - r - r - a - ch!

"O, dreimal verflucht! Gerissen! Der verwünschte Strick! Wozu sich das überhaupt Strick nennt. Im entscheidenden Augenblick....., da kann man wohl sehen, was das für eine Ware ist! Zum Teufel noch einmal, ich muss was Leichteres ersinnen. Ha! - Ein Tischmesser! Wird' ich zu Boden sinken - wie es beim Dichter heisst -, vom Todespfeil getroffen, oder fliegt diesmal er vorbei?"

K - r - r - a - ch! - Wahrhaftig, der Pfeil flog vorbei. Der Griff nach einer Seite, die Schneide nach der entgegengesetzten. Der Bürger brach in wildes Lachen aus. "Da habt Ihr's, hahaha, die Qualitätsware. Soll man also sich etwa nicht das Leben nehmen! Sterben heisst eben sterben. Das Messer mag zum Kuckuck gehen, dieses Ueberbleibsel einer mittelalterlichen Romantik! Erfahrene Selbstmörder empfehlen Schwefelhölzer als ausgezeichnetes Mittel zum Selbstmord. Man braucht nur an die 60 Schwefelköpfechen im Mörser zu zerstoßen, und es ist erreicht! Fein ersonnen! Dass ich erst jetzt darauf komme!"

Bei dieser Aussicht wurde der Bürger ganz munter. Er öffnete eine frische Schächtel Schwefelhölzer und begann wohlgenut die Schwefelköpfe abzubrechen. Eins, zwei, drei, zehn, zwanzig hm... das Schächtelchen enthält ja nur 28 Stück, während ganze sechzig nötig sind. Dumpfes Weinen erschütterte den Bürger. "O, Ihr lieben Bürger! Brüderchen! Was soll das nun wieder heissen! Um der Qualität willen - das geht noch, aber ist es auszudenken, dass ein

redlicher Bürger so viel leiden muss wegen der Quantität! Hol' der Teufel die Schwefelhölzer! Ich renne eben gehörig mit dem Kopf gegen die Wand an, und fertig ist die Laube." Der Bürger kniff die Augen ein, nahm einen Anlauf - und

K - r - r - a - ch! Die poröse Wand der neu errichteten Wohnlaube barst krachend auseinander, und der Bürger flog im Bogen auf die Strasse hinaus. "So was, na, ich danke! Es lebe die Qualität, die gleich Quantität ist! Hurrah! Hahaha!"

Doch unser Bürger wurde nicht wahnsinnig, wurde auch nicht ins Krankenhaus gesteckt....

+ + +
Der Bürger stand da, betrachtete die Flasche und sagte mit einem Seufzer der Erleichterung: "Endlich habe ich das Richtige gefunden. Essigessenz ist ein untrügliches Mittel. Ich bitte, niemandem die Schuld an meinem Tode beizumessen" Gierig setzte er den Mund an die Flasche und schlürfte den Trank bis zur Neige. "Hm, wirklich ein angenehmes Tränkchen; schmeckt wie Rebensaft, nur milder! Ob ich noch eine Flasche leere?"

Und er leerte ein zweites Fläschchen und liess seine Finger in der Luft spielen. "Dazu zwei Würstchen wäre allerhand! Und gar Kaviar.... Und da trüg ich Narr mich mit Selbstmordabsichten! Wo das Leben doch so schön ist! Dies ist wirklich Qualitätsware! Marja, mein Täubchen, hol' mir zwei Spitzgläschen Essigessenz und ein Paar Würstchen dazu! Ich spüre einen verteufelten Appetit..

"Na ja, nach solchem Imbiss lässt sich's schon von den Herrlichkeiten des Lebens phantasieren.... Doch pfui, was rumort da so sonderbar in meinem Magen..... ach, mir wird ganz dunkel vor den Augen. - Die Wurst ist es, die Wurst! Jetzt, Genossen, gehe ich wirklich an der Qualitätsware zugrunde...., und das Leben ist doch so herr" Mitten im Worte kippte der Bürger um, fiel auf den Rücken und starb.

Was ja auch ursprünglich seine Absicht gewesen war!

Die Deutschen auf Mallorca.^x

Das Hakenkreuz im Ausland.

SPD. Aus Spanien wird uns geschrieben: Neulich bekamen wir hier in Spanien eine deutsche Zeitung zur Hand, die genau über die Resultate eines Wettbewerbes berichtet, dessen Preis eine Reise nach der spanischen Insel Mallorca im Mittelmeer war. Unzählige Reiselustige bekannten ihre Sehnsucht nach der weiten Welt und besonders nach dem unbekanntenspanien und der herrlichen Insel Mallorca. Das rief mir die Erinnerung an die dort verlebten Tage zurück und an die Rolle, die die Deutschen bereits auf Mallorca spielen. Diese altbekannte Insel ist für das Ausland erst vor relativ kurzer Zeit von einigen Malern entdeckt worden. Die Bucht von Bollensa übte seitdem eine ganz besondere Anziehungskraft aus, und wenn die Maler selber auch keinen Goldregen über die Insel brachten, so folgten ihnen doch auf dem Fusse Kunstbeflissene, reiche Snobs und die unvermeidlichen anglosächsischen Touristen. Heute gibt es auf der Insel, deren Landschaft angeblich seelenvoll ist (sie ist jedenfalls ausserordentlich berückend und fesselnd) das Hotel Formentor, das nur für Millionäre und ihre Sippschaft bestimmt zu sein scheint, und von dem man sagt, es sei das eleganteste Hotel des Mittelmeeres. Man sagt, dort sei auch Greta Garbo von Zeit zu Zeit, und sicherlich kommen auch Weise und grosse Politiker, um auf Mallorca vom schweren Geschäfte des Denkens auszuruhen. Eine Statistik - wir wissen freilich zur Genüge, dass spanischen Statistiken nicht sehr zu trauen ist - besagt, es gäbe heute auf Mallorca 246 000 Bewoh-

ner, von denen 64 000 auf die Stadt Palma entfallen. Die gleiche Statistik stellt fest, dass 20 000 Ausländer auf Mallorca weilen.

Unter diesen Ausländern nehmen die Deutschen die zweite Stelle (nach den Engländern) ein. Aber wie sehr unterscheiden sich diese zwei ausländischen Kolonien von einander! Ein spanischer Journalist sagt darüber, dass die Engländer gesellschaftliche Veranstaltungen und die Verachtung für die Nordamerikaner pflegen, während die Deutschen sich der politischen Streitigkeiten und der Nacktkultur befleißigen. Aber der ausschlaggebende Unterschied ist der, dass die Deutschen nur in denselben Fällen als Touristen nach Mallorca kommen; ausser den Malern sind es meistens Menschen, die in ihrer Suche nach Arbeit dorthin verschlagen worden sind. Und sie finden auch zum Teil diese Arbeit, wobei leider nicht zu verschweigen ist, dass sie selbst die äusserst niedrigen Löhne, die die Landarbeiter in Spanien bekommen, noch drücken; sie arbeiten - und wahrscheinlich geht es einfach nicht anders; es soll also nur festgestellt werden - für einen Hungerlohn.... Was ihnen aber an sonstigen Lebensgenüssen, die man für Geld zu erhalten pflegt, fehlt, das ersetzt ihnen die schöne Umgebung und - - der Bruderhass und Bruderkampf. Gewiss ist das heute überall so im Ausland, wo sich Deutsche in grösserer Zahl versammeln: eine stark markierte politische Schranke teilt sie in zwei Lager, wenn es nicht noch mehr sind. Man kann auch feststellen, dass, wo den Nationalisten freie Hand gelassen wird, sie sich sofort zusammenschliessen und organisiert auftreten, was natürlich oft zur Unzufriedenheit der gastgebenden Nation geschieht. Aber auf Mallorca sind die Dinge ganz besonders zugespitzt und haben sich auch schon sehr stark bemerkbar gemacht. Die Nationalsozialisten bilden hier eine zahlreiche, mit dem benachbarten Barcelona zusammenhaltende Gruppe, die ihre Abzeichen und ihre Fahne besitzt. Sie versammeln sich, halten Vortragsabende ab, ziehen in Uniform durch die Strassen der Städte und versuchen auch von hier aus, Deutschland erwachen zu lassen.

Spanier behaupteten zunächst, das gäbe der Insel eine originelle Note mehr; bald aber merkten sie, dass das Spiel nicht ganz harmlos sei. Denn es war wohl selbstverständlich, dass andersgesinnte Deutsche sich ihrerseits zusammenschlossen, und dass es sehr bald zu Zusammenstössen kam mit den Anhängern Hitlers, der in Spanien meistens "der schöne Adolf" genannt wird. Doch wenn Sozialdemokraten oder überhaupt Antifaschisten sich mit den Nazis bekämpften, so ging das schliesslich die Spanier noch nicht viel an. Bis es sich erwies, dass die deutschen Faschisten nicht nur auf die Schicksale des fernen Deutschland einwirken wollten (indem sie es auch aus der Ferne erweckten), sondern auch sie eine ganz ausgesprochene Einstellung zur innerspanischen Politik haben. Diese Einstellung offenbarte sich beim monarchistischen Putsch vom 10. August. Der Anschlag war zwar missglückt, aber nach Mallorca gelangte zuerst die Nachricht vom siegreichen Auftreten des aufständischen Generals San Jurjo, und die deutschen Faschisten brachten sofort ihre lärmende Freude zum Ausdruck und begrüsst den Anbruch einer neuen, erwünschten Ära in Spanien. Die spanischen Republikaner würden es wahrscheinlich den Deutschen ganz allgemein genommen, nicht ewig verübelt haben, wenn die deutschen Sozialdemokraten Mallorcas nicht sofort eine Gegendemonstration veranstaltet hätten, die den Gastgebern zeigte, dass nur ein Teil der Deutschen der Republik, die sie "sozialistisch" nennen, feindlich gesonnen sei. Und bei dieser Demonstration und Gegendemonstration ging es natürlich sehr erregt zu, sodass erst die Guardia Civil einschreiten musste, um die feindlichen Landsleute zur Ruhe zu bringen. Diese Angelegenheit stimmte die Spanier nachdenklich; aber nicht nur die Spanier, sondern auch die Vertreter anderer Länder, deren Angehörige auf Mallorca zahlreich sind, protestierten bei den Behörden gegen die Deutschen, die die Paradiesesruhe jenes Erdenflecks stören. Es folgten Entschuldigungen, und es herrscht seither eine gewisse Ruhe innerhalb der deutschen Kolonie, obgleich sich natürlich die Ereignisse in der Heimat auch hier auswirken müssen. Die Spanier sind jedenfalls entschlossen, keine politischen

Kämpfe der Deutschen auf ihrem Boden zuzulassen; sie sind nicht einmal mit der Nacktkultur einverstanden, und einige junge Damen aus Deutschland mussten daran glauben und ziemlich hohe Geldstrafen zahlen. Und wenn die Spanier auch das Hakenkreuz dulden, so wissen sie doch allzu gut, was es bedeutet, und welche Gefahren es birgt. Selbst im irdischen Paradiese auf Mallorca.

Gottesleugner und Lippenchristen.^x

SPD. Schopenhauer, der erste ausgesprochene Atheist unter den neueren Philosophen, hat den Mut gehabt, offen zu erklären: "Was für eine schlaue Erschleichung und hinterlistige Insinuation (Verdächtigung) in dem Wort Atheismus liegt! - als verstünde der Theismus sich von selbst". Und doch sind die Zeiten des Theismus vorbei. Es ist buchstäblich richtig, was derselbe Schopenhauer an einer andern Stelle sagt: "Hinsichtlich des Theismus, d.h. des Glaubens an einen persönlichen Gott, ist in Deutschland unter den Gelehrten die Sache so ziemlich abgetan; aber das Wort wollen sie nicht fahren lassen". Die meisten Schriften des Philosophen Ludwig Feuerbach sind der Kommentar zu diesem Satze. Feuerbach hat, namentlich in seinem "Wesen des Christentums", gezeigt, dass die Lehren des Christentums nur noch auf dem Papier stehen, und dass zwischen dem Glauben und dem Handeln des modernen Menschen ein unüberbrückbarer Abgrund klafft. Ein Beispiel! Angeblich glauben die Christen an die Vorsehung, glauben, dass ohne den Willen Gottes kein Haar von ihrem Haupte falle. Trotzdem versichern sie ihr Leben und das ihrer Angehörigen und sind ängstlich darauf bedacht, ihren Besitz zu vermehren. Die Geschäftstüchtigkeit gewisser Frömmeler ist sprichwörtlich geworden. Nietzsche, der als unerbittlicher Kritiker der satten Bürgerlichkeit heute ganz besondere Bedeutung gewinnt, geht so weit, zu behaupten: "Die Christen haben niemals die Handlungen praktiziert, die ihnen Jesus vorgeschrieben hat... Der Buddhist handelt anders als der Nichtbuddhist; der Christ handelt wie alle Welt und hat ein Christentum der Zeremonien und der Stimmungen". Und in einem andern Zusammenhange spricht Nietzsche von der "tiefen und verächtlichen Verlogenheit des Christentums in Europa".

Angesichts solcher Zeugnisse ist es eine Unverfrorenheit, wenn heute immer wieder die krasse Unwahrheit aufgetischt wird, die Leugnung der sogenannten christlichen Wahrheiten sei unvereinbar mit der Pflege der Kultur. Die Sache liegt gerade umgekehrt. Es ist eine Scheinkultur, die des dogmatischen Christentums als Stütze bedarf. Man denke nur an die Grausamkeiten gegen Ketzer und Hexen. Die Ketzerrichter, die Hüter der sogenannten christlichen Kultur, schauderten oft selber vor ihren Scheusslichkeiten zurück. Hätten sie der Stimme der Menschlichkeit und des Herzens folgen dürfen, so wären manche Schandtaten unterblieben. Sie folgten aber den Glaubenssätzen, den starren und unfruchtbaren Dogmen, und diese erstickten Gewissen und Mitgefühl.

Erst mit dem Schwinden des Glaubens beginnt die wahre Kultur, die wahre Humanität. Und je mehr es den Menschen ernst ist mit diesen Gütern, desto mehr hassen sie tote Glaubenssätze. "Wenn die Philosophie gegen einen Glauben polemisch auftritt", sagt Ludwig Feuerbach, "so ist das ein untrügliches Zeichen, dass dieser Glaube kein wahrer, kein lebendiger, kein gründlicher Glaube mehr ist." Dies trifft heute recht eigentlich zu. Gerade die Kreise, die beständig das Christentum im Munde führen, sind am weitesten davon entfernt, seine Lehren zu befolgen. Dies wissen sie anscheinend selber, und deshalb sind sie ängstlich bemüht, die Glaubenssätze in der Theorie aufrecht zu erhalten. Wenn sie mehr historische Bildung hätten, so wüssten sie, dass gerade die Männer, die sie zu verehren vorgeben, dem dogmatischen Christentum feindlich

gegenübergestanden haben. Es war Goethe, der da gesagt hat: "Den deutschen Mannen gereicht's zum Ruhm, /Dass sie gehasst das Christentum". Friedrich Hölderlin, den die christlich-germanischen Dilettanten in den Himmel erheben, hat in seinem "Empedokles" die schärfsten Worte gegen die Pfaffen gefunden; er nennt sie eine "schlimme Zunft".

Und lange war's ein Rätsel mir, wie euch
In ihrem Rande duldet die Natur.

Ach, als ich noch ein Knabe war, da mied

Euch Allverderber schon mein frommes Herz...

Unangenehm muss es auch für die Lippenchristen sein, dass Friedrich Hebbel, den sie so gern gegen "zersetzende" Philosophen und Dichter ausspielten, ganz energisch vom offiziellen Christentum abrückt. "Das Christentum ist mir", so schreibt er am 25. Oktober 1862 an Friedrich von Uechtritz, "was es war, eine Mythologie neben anderen, und wie ich jetzt, nach abermaliger jahrelanger Beschäftigung mit den Akten, leider hinzufügen muss, nicht einmal die tiefste". Nach Nietzsche ist das historische Christentum "die grösste Versündigung am Verstand der Menschheit".

Das Lippenchristentum verträgt sich wohl mit den Dogmen, nicht aber mit dem Geiste des Christentums. Und je mehr die Lippenchristen den Geist fallen lassen, desto grösser ist ihre Wut gegen alle, die den Mut haben, Abgestorbenes aufzugeben. Und wenn die Auchchristen immer wieder betonen, die Kultur werde von den Gottesleugnern bedroht, so ist das nur eine Finte: nicht die Kultur ist bedroht, sonder nur jene Scheinkultur, der das Christentum gerade recht ist als Bundesgenosse gegen Volksrechte, Aufklärung und Humanität.

Karl Quenzel.

Eine gute Lehre.^x

SPD. Wir hören durch das geschlossene Fenster Trommel- und Pfeifenmusik und treten auf den Balkon hinaus, zu sehen, was es dort draussen gebe. Durch die Strasse marschieren Züge der SA, mehrere Stürme.

Plötzlich entsteht ein Durcheinander. Die Strasse wird bewegt und erregt. Ein junger Mensch wollte durch den marschierenden Zug auf die andre Seite der Strasse hinübergehen. Wahrscheinlich dachte er: der Vorbeimarsch kann noch lange dauern; so lange kann ich nicht warten.

Aber die SA-Leute geben ihm einen Stoss, und er schlägt lang hin.

Aus dem Munde von Passanten, die auf dem Bürgersteig stehen und den Vorgang beobachten, ertönen Rufe: "Pfui! Pfui!"

Da lösen sich aus dem Zuge der SA mehrere Mann, eilen auf den Bürgersteig, stürzen sich auf die Passanten und schlagen auf sie ein.

Polizei? Ist nicht zu sehen. Ganz hinten, am Ende des Zuges, folgt ein Wagen mit Schupo. Die Polizei hat nichts gesehen.

Auch in das Restaurant, in das einige der Passanten flüchten, dringen die SA-Leute, die sich schon als eigentliche Polizei fühlen.

Jedenfalls: die SA hat ihre "Justiz" geübt. Ihre Mitglieder springen wieder in ihre Reihen zurück, die sie decken.

+ + +

Nachspiel: Es stellt sich heraus, dass nicht nur Arbeiter "Pfui!" gerufen haben, sondern auch sehr bürgerliche und weit rechts stehende Herrschaften. Die SA hat blindlings drauflos geschlagen. Einer, der eine saftige Ohrfeige eingesteckt hat, ist selber Nazi. Der ist nun aber kuriert und wird am 5. März die Quittung für die Backpfeife erteilen.

Es werden noch viele die gleiche Erfahrung machen. Diese gute Lehre, die die Nazis ihren eigenen Anhängern erteilen, kann uns nur willkommen sein.

L.H.

Der Krösus von Tiflis.^x

SPD. In einem sehr bescheidenen Mansardenzimmer am Theaterplatz in Czernowitz haust seit etwa zwölf Jahren der Georgier Simion Corcioglu. Der Weltkrieg und die russische Revolution haben ihn aus seiner Vaterstadt Tiflis, wo er ehemals wegen seines grossen Reichtums den Ruf eines Krösus besass, nach mancherlei Irrfahrten nach dieser Stadt verschlagen. Hier führt er als Strassenhändler ein recht armseliges Dasein. Nur einige vergilbte Photographien an dem niedrigen Wänden seines Wohnraumes sind Zeugen verschwundener Pracht. Dieser Tag nahm nun ein von Corcioglu seit zehn Jahren gegen seinen ehemaligen Freund geführter Prozess ein vorläufiges Ende, der wegen seiner romanhaften Vorgeschichte weit über Czernowitz hinaus allgemeines Aufsehen erregt hat und zeigte, wie Corcioglu zum Proletarier wurde.

Als Corcioglu im Jahre 1917 bei Ausbruch der Revolution aus Tiflis flüchten musste, überliess er dem damaligen Sekretär des Obergerichtes von Tiflis Alexander Plawski sein gesamtes Vermögen, darunter ein geheimes Schliessfach mit Gegenständen im Werte von vielen Millionen. Da er nicht nach Tiflis zurückkehren konnte, schlug er seinen vorläufigen Wohnsitz in Konstantinopel, dem Zufluchtsorte so vieler russischer Emigranten, auf. Von seinem Vermögen und von Plawski hörte er während eines ganzen Jahres nicht das mindeste. Eines Tages erfuhr er durch einen ausserordentlichen Zufall, dass sich Plawski und seine Frau auf einem französischen Dampfer im Hafen von Konstantinopel befänden. Kaum eine Stunde später war er auf dem Schiffe, um seinen Freund zu begrüßen und sich nach dem Schicksal seines zurückgelassenen Vermögens zu erkundigen. Plawski war von dem unerwarteten Besuch jedochwenig angenehm berührt und erklärte, von den ihm anvertrauten Vermögensstücken nichts mehr zu wissen. Als ihm aber Corcioglu mit einer Revision seines Gepäcks durch die Hafenzollizei drohte und an der Hand seiner Frau zwei ihm gehörende kostbare Ringe entdeckte, flehte ihn Plawski an, ihm keine Schwierigkeiten zu machen. Er reise jetzt nach dem Gute seines Schwiegervaters in dem bessarabischen Orte Horogrant, wo ihn Corcioglu nach einigen Wochen zur Regelung der Vermögensfrage aufsuchen möge. Nach langem Drängen willigte Corcioglu ein.

Weitere Monate verstrichen, bis Corcioglu in Plawskis Villa in Bessarabien erschien und die Rückerstattung seiner Wertstücke verlangte. Plawski nahm seinen ehemaligen Freund sehr liebenswürdig auf, behielt ihn einige Wochen bei sich und vermochte ihn zu bewegen, die endgültige Besprechung der Angelegenheit auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Das ganze unbewegliche Vermögen Corcioglus, so erklärte er, sei von den Revolutionären verwüstet worden. Schliesslich schenkte er dem Freunde ein Auto. Corcioglu fuhr darin nach dem nahen Czernowitz und mietete sich dort eine Wohnung. Den Wagen vermietete er an Passagiere und schlug sich recht und schlecht durchs Leben. Zunächst wohnte er im Hotel, bald aber musste er selbst sein Auto chauffieren, da seine Einnahmen immer kleiner wurden. Als eines Tages der Wagen bei einem Unfall in Trümmer ging und Corcioglu hilflos da stand, begab er sich wieder zu dem schweigenden Freunde. Doch der versagte ihm jetzt jede Hilfe und wollte von dem ihm anvertrauten Vermögen überhaupt nichts mehr wissen....

Unverrichteter Dinge kehrte der Betrogene nach Czernowitz zurück. Am nächsten Tage wurde er in seinem bescheidenen Zimmerchen bewusstlos aufgefunden. Er hatte in seiner Verzweiflung Gift genommen. Monatelang lag er schwerkrank in einem Spital, bis er wieder seine Gesundheit erlangte. Und dann begann sein Leidensweg von neuem. Um sein Leben zu fristen, wurde er Strassenhändler. Nach längeren vergeblichen Versuchen, etwas von Plawski herauszuholen, strengte er schliesslich einen Prozess gegen diesen an. Unzählige Verhandlungen fanden statt. Zeugen aus aller Welt, darunter der persische Konsul aus Konstantinopel, erschienen vor dem Tribunal und bekundeten, dass Corcioglu tatsächlich der reichste Mann von Tiflis gewesen sei. Plawski und

seine Frau indessen beschworen, dass auch das geheime Schliessfach seines Freundes von plündernden Revolutionären ausgeraubt worden sei. Im Verlauf des langjährigen Prozesses konnte schliesslich das Gericht feststellen, dass Plawski in einer Czernowitzer Bank Schmuckstücke hinterlegt habe. Da Corcioglu die einzelnen Gegenstände genau beschreiben konnte, so musste sich der Gerichtshof von der Wahrheit seiner Angaben überzeugen lassen. Es erfolgte die Beschlagnahme des gesamten Vermögens Plawskis, der sich in Bessarabien ein grosses Rittergut im Werte von fast 40 Millionen Lei gekauft hatte. Plawski wurde zur Zahlung von drei Millionen Lei an Corcioglu verurteilt.

Corcioglu hat Berufung gegen das Urteil eingelegt, da ihm die zugesprochene Entschädigung zu niedrig erscheint. Aber auch Plawski hat den Berufungsweg beschritten, und somit hat dieser Sensationsprozess seinen endgültigen Abschluss noch nicht gefunden. Vorläufig bleibt also der ehemalige Krösus von Tiflis das, was er seit einer Reihe von Jahren ist, nämlich Strassenhändler und Proletarier. Die gesamte öffentliche Meinung Rumäniens und auch die Arbeiterpresse hat Partei für ihn ergriffen und verlangt, dass die Berufungsverhandlung schnellstens angesetzt wird. Doch das nicht allein: Die Strassenhändler von Czernowitz haben sich zusammengetan und Geld für ihren "Berufskollegen" aufgebracht, damit dieser seinen Prozess weiterführen kann.....

Bedenkt dies am Wahltag!^x

Nicht die lautesten Schreier
sind es,
Die dich zu tiefst lieben:
du Heimat Deutschland!

Still wächst das Korn:
Still gedeiht die Arbeit:
Still denkt der Geist:
hier bist du wirklich:
o Heimat!

Die Schreier vergingen noch immer,
zu allen Zeiten.
Aber die Stillen, die Ernstesten,
die Schaffenden:
Die blieben und trugen
rotwangige Frucht!

Max Dortu.

^x
SPD. Der vielsagende Wahlsonntag. Der 5. März ist eigenartigerweise der erste Fastensonntag in diesem Jahre, der Sonntag, der den für eine Reichstagswahl eigentlich sehr passenden Namen führt: "Invocavit", das heisst auf deutsch: "Er hat angerufen". Angerufen hat, der den Reichstag aufgelöst hat; angerufen wird das deutsche Volk. Wenn das deutsche Volk am 5. März auf den Anruf nicht die richtige Antwort erteilt, sich verwirren lässt durch die hemmungslose Agitation rechts stehender Kreise, wenn ihnen die Macht zufällt, dann wird es auch seine symbolische Bedeutung haben, dass mit dem Sonntag "Invocavit" eine neue Fastenzeit beginnt, deren Ende diesmal nicht abzusehen sein wird.
